

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 27 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im Voraus zahlbar.
Einschließlich 60 Pf. Post-
bezugs- und 72 Pf. Postbestellge-
bühren. Auslandsabonnement 5,00 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Druckfrachtpostporto 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentag-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal. Die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage
„Welt und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Freitag
15. Januar 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseit. Millimeterzelle 30 Pf.
Reklamemeter 2.-30. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf.
Geldstück zwei festgedruckte Worte, jedes
weitere Wort 10 Pf. Rabatt 11. Zeit.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Wechselmarkt Millimeter-
zelle 25 Pf. Familienanzeigen Milli-
meterzelle 10 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Erdenstr. 3,
montags bis 9 1/2 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
lehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Rechnr.: Dänhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. D. B. u. D. K.-Gef., Depostentl., Jerusalemstr. 65/66.

Eiserne Front marschiert!

Riesige Kundgebungen in Hamburg.

Hamburg, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Hamburg hat am Donnerstagabend die gewaltigste Saal-
kundgebung aller Zeiten erlebt. Die Eiserne Front ist
mit dieser Kundgebung vor und von den Massen der Hamburger
Arbeitererschaft geschlossen worden. Die drei größten Säle
Hamburgs reichten nicht aus, um die Massen zu fassen. Im
Großen Saal des Gewerkschaftshauses mußte eine Parallelerstam-
mung durchgeführt werden. Es waren schätzungsweise 30 000 Per-
sonen, die sich zu den Kundgebungen eingefunden hatten.

Zu den Massen sprachen der Bundesführer des Reichsbanners
Höfnermann und der Führer der Arbeiterpartei Bildung.

Von stürmischem Beifall empfangen und immer wieder unter-
brochen führte Höfnermann u. a. aus: Die Nationalsozialisten sind
nichts anderes als die

Bäffel der wirtschaftlichen und politischen Reaktionäre.

Nachdem die Republikaner sich 1924 aufgerafft hatten, haben sie
dann jahrelang die Entwicklung dieser Kampfpartei des Kapitalismus
allzu gleichmütig aufgenommen. Der 14. September 1930 brachte
dann das große Ermachen. Zugleich bot sich Hitler eine große
Chance. Er hat sie verpaßt und nur einmal bietet die Geschichte
einer solchen Bewegung eine so günstige Stunde wie damals. Diese
Stunde wird nicht wiederkommen, denn wir sind da, wir deutschen
Arbeiter und Republikaner!

Ich kann aber nicht verstehen, wie ein Staat sich die Organi-
sation des Gewaltkampfes durch die Hitler-Partei gegen ihn gefallen
lassen kann. Es ist weit gekommen, wenn ein Republikaner fest-

genommen werden kann, weil er einen republikanischen Minister
hochleben läßt. Es fehlt nur noch, daß ein Minister festgenommen
wird, weil er Republikaner ist. Wir erklären ganz nüchtern:

Wenn der Staat nicht seine Pflicht tut, müssen wir uns selbst
helfen, um die politische Freiheit zu sichern.

Wir sichern damit den Staat als die Voraussetzung des sozialen
Vollstaates. Mit aller gebotenen Energie werden wir diesen
Kampf führen. In den nächsten Tagen werden in die Schafo-Abtei-
lungen des Reichsbanners 100 000 aktive Arbeiterpartei-ler eintreten,
wenn das nicht genügt, dann rufen wir das zweite Hunderttausend.
Daneben treten eine Million Gewerkschaftler in die Front ein. Die
meisten in unseren Reihen sind erwerbslos. „Wie viele sind es
hier?“ rief Höfnermann aus, und mehr als die Hälfte der
Zehntausend erhob die Hand!

Wer uns, der Arbeitererschaft, die Freiheit rauben will, der muß
zuvor mit uns kämpfen. Denen, die ihren Spott über die Eiserne
Front ausschütten, wird der Spott noch vergehen. Wir können
zwar keine Abgaben auf die Tonne Kohle erheben und in unsere
Kassen leiten. Das Geld aber macht es nicht. Die deutschen Ar-
beiter sind treu und sie sind die entscheidende Macht. Sie machen
auch unsere Erwartungen zur Gewissheit: das Dritte Reich
kommt nicht.

Der Appell zum kampfbereiten Zusammenstehen wurde durch
alle weiteren Reden eindrucksvoll unterstrichen. Zum Schluß er-
hoben sich die Zehntausende zu einem Hoch auf die Eiserne Front.
Der Massengesang des Sozialistenmarsches beschloß die aufstrebende
Kundgebung.

Treibereien im Dunkeln.

Die enthüllten Harzburger.

Die Herren Fric und Rosenberg haben das taktische
Spiel der sogenannten „nationalen“ Opposition aufgedeckt. Die
Freude über das Gelingen der Sabotageaktion gegen den
Plan der Reichsregierung zur Präsidentschaftswahl hat sie
kühner werden lassen, so daß sie ausplaudern, was sie vor-
haben.

Herr Fric hat in einer weiteren Rede in Landau ver-
sucht, die außenpolitische Stellung der Regierung Brüning zu
unterminieren, er hat ihr eine Niederlage prophezeit und hat
dabei, wie die Reichsregierung sich in einer außerordentlich
scharfen Zurückweisung der Fric'schen Rede ausdrückt, „dem
Ausland das Stichwort gegen die deutsche Regierung ge-
geben“.

Herr Rosenberg hat großsprecherisch behauptet, daß eine
Konspiration gegen die Regierung Brüning unter Teilnahme
ausländischer Regierungen bestehe, deren Ziel es sei, eine auf
die Hitler-Partei gestützte Regierung an ihre Stelle zu setzen,
daß bereits ein diplomatischer Schritt in dieser Richtung er-
folgt sei und daß er selbst von einem fremden Bolschafster
davon unterrichtet worden sei.

Diesem zweiten Angriff auf die Verhandlungsposition der
Reichsregierung von hinten her ist die Reichsregierung bisher
noch nicht entgegengetreten. Sie wird auch hier Klarheit
schaffen und vor allem sich wehren müssen!

Fric und Rosenberg haben gemeinsam das Ziel
der Taktik ihrer Partei erkennen lassen: Die Sabotage
der kommenden außenpolitischen Verhand-
lungen hinter dem Rücken der Reichsregierung.

Es fragt sich, wie weit dies Komplott greift!
Man erfährt jetzt, daß ein Komplott zur Sabotage der
Pläne der Reichsregierung in der Präsidentschaftswahl bestand,
noch ehe diese Pläne in der Öffentlichkeit bekannt wurden.
Der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, teilt
darüber mit:

„Einem Mitglied unserer Redaktion war am Sonntag, dem
3. Januar, bereits bekannt, daß führende Persönlich-
keiten der Rechtsopposition in Berlin von dem Plan des
Reichskanzlers — die Amtszeit Hindenburgs durch den Reichstag
verlängern zu lassen — Kenntnis hatten. Das war also
schon zu einem Zeitpunkt, bevor Groener Hitler eingeladen hatte
und bevor Hitler von Groener über die Pläne des Reichskanzlers
ins Bild gesetzt wurde; das ist bekanntlich erst am 6. Januar ge-
schehen. Am Sonntag, dem 3. Januar, erfuhr unser Redaktions-
mitglied auch bereits, daß die führenden Persönlichkeiten der Rechts-
opposition entschlossen waren, diesen Plan des Kanzlers zu
sabotieren und ihm dabei möglichst eine Niederlage beizu-
bringen. Es sollte versucht werden, die Schuld am Scheitern nach
außen hin Brüning zuzuschreiben.“

Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob Hitler vor den Be-
sprechungen mit Groener und dem Reichskanzler über all das unter-
richtet war. Es ist durchaus möglich, daß er über diese Stimmungen
und Entschlüsse im Lager der Führung der Rechtsopposition nicht
im Bilde war.

Die Aktion ist dann so verlaufen, wie es am 3. Januar bereits
feststand. Daß sich Hitler bemüht hat, eine Mißstimmung beim
Reichspräsidenten zu vermeiden, paßt durchaus in den Plan, der
darauf hinausläuft, Brüning und seine Aktion beim Reichspräsi-
denten in Mißkredit zu bringen. Hitler, der für den Plan und für
die Argumente Brünings anfangs Verständnis zeigte, wurde, wie
bekannt, von dem entscheidenden Führergremium
der Harzburger Front in die beschlossene Linie
hineingezwungen.

Wir weisen auf diese Zusammenhänge und dieses Spiel des-
wegen hin, um festzustellen, daß die Rechtsopposition auf alle Fälle
gegen die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ist und
dementsprechend taktieren wird. Wir sind überzeugt, daß sie auch
nach einem Sturz Brünings sich nicht für eine Wiederwahl Hinden-
burgs einsetzen würde.“

Man sieht hier die Fäden einer politischen Intrige, die
sich mit den Treibereien messen kann, die unter dem kaiser-
lichen Regime gespielt wurden, zu einer Zeit, als die Hinter-
treppe der beliebteste Ort für politische Aktionen war!

Auf diese Weise kommt Licht in die Vorgänge hinter den
Kulissen der Harzburger Front! Wenn die Führer der Rechts-
opposition bereits am 3. Januar von den Plänen des Reichs-
kanzlers unterrichtet waren, so müssen Fäden aus dem
engsten Kreise der Regierung zu den Führern der
Harzburger Front laufen. Die Sabotage hätte dann nicht erst
im Lager der Harzburger Front, sondern im Kreise um die
Regierung selbst begonnen! Hier müßte entschieden die

Sie raufen sich um die Posten.

Die „nationale Opposition“ ist sehr uneinig.

Raum haben die Nationalsozialisten in einigen Mecklenburgi-
schen Ämtern Mehrheiten erhalten, so beginnt das Geräusch um
die Ämter zwischen ihnen und ihren Bundesgenossen. Betrifft
flagt Hugenbergs „Lokal-Anzeiger“:

„Die Wahlen der Amtshauptleute in Mecklenburg, von denen
die in Rostock noch aussteht, haben eigenartige Momente ergeben.
Von einem Zusammengehen der nationalen
Opposition war herzlich wenig zu spüren, da
die Nationalsozialisten überall dort, wo sie über die absolute
Mehrheit verfügten von ihr einen wenig rücksichtsvollen Gebrauch
gemacht haben. So kam es, daß z. B. in Parchim der der Rechten
angehörige Amtshauptmann zugunsten des nationalsozialistischen
Kandidaten stel, und in Rostock dem deutschnationalen Kandidaten
ein nationalsozialistischer Kandidat entgegengestellt ist. Besonders
traß liegt der Fall in Parchim. Trotz der dringlichen
Vorstellungen der Rechtsorganisationen, vor
allem der Bauern, zugunsten des bisherigen Amtshauptmanns

Ried, gegen dessen sachliche Eignung nicht das geringste von den
Nationalsozialisten vorgebracht werden konnte, wählten diese einen
Parteigenossen aus Rühning. Man stelle sich die Unterhaltung
des Bayern mit den mecklenburgischen Bauern vor! Für den
Kreis bedeutet die Wahl auch eine finanzielle Be-
lastung, da nunmehr für den bisherigen langjährigen Amts-
hauptmann Pension gezahlt werden muß. Diese „Abföhrung“ ist
die Belohnung, daß Ried in den Zeiten, wo Mecklenburg noch rot
war, aus seiner Rechtsgehung nie hehl gemacht hat. Dafür
wurde in Rühning von den Nationalsozialisten der frühere rote
Amtshauptmann wiedergewählt, der zwei Wochen vor den
Amtsverkehrswahlen von den Sozialdemokraten zur RSDAP
übergetreten war. Man hatte eigentlich gedacht, daß die
Wahlen vorläufig wären, wo die Belegung unpolitischer Ämter
unter rein parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgte.“

So urteilen Harzburger über Harzburger. Wie
lächerlich sie sich und ihre „gemeinsame Front“ dabei machen,
scheinen sie selbst gar nicht zu erfassen.

England für baldige Endlösung.

Erörterung der Kriegsschuldenfrage einstweilen zwecklos.

London, 14. Januar.

Die halbamtliche Reuters-Agentur meldet: Obwohl es
unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht so aussieht,
als ob eine endgültige Regelung der Reparationsfrage erfolgen
könnte, würde doch, wie man zu wissen glaubt, die englische
Regierung

mit einer Zwischenlösung allein nicht zufrieden

sein, die nur darauf hinausläuft, daß man auf der Stelle marschiert.
Die zuständigen amtlichen britischen Kreise unterstützen einigermassen
die Ansicht, daß ein langfristiges Moratorium nicht
genüge; wenn man jetzt keine endgültige Regelung erlangen
könne, so wäre es

besser, einen Vergleich zu schließen, der die Endlösung be-
schleunigt anstatt sie zu verlagern.

Dieser Ansicht dürfte es zuzuschreiben sein, wenn die englische Re-
gierung das Reparationsproblem studiert und ihre Bemühungen

darauf richtet, den für eine günstigere Stimmung frei zu
machen, um dadurch eine endgültige Regelung in den Bereich des
Möglichen zu rücken. Es gilt noch, eine vorläufige Einig-
ung mit der französischen Regierung zu finden, und
wenn es gelingt, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen
— die britische Regierung hegt noch die Hoffnung, daß dies
möglich sein wird —, so wäre ein allgemeines Abkommen zwischen
den Gläubigermächten in Lausanne ungeheuer erleichtert.
Man glaubt zu wissen, daß die englische Regierung es vorziehen
würde, wenn die Kriegsschuldenfrage in Lausanne
nicht erörtert würde und sich die Konferenz einzig und allein

auf das Reparationsproblem beschränken

würde. Die Kriegsschuldenfrage kann befriedigend ohne Amerikas
Mitwirkung nicht diskutiert werden, und dieser Staat wird nicht
einmal durch einen Beobachter in Lausanne vertreten sein. Im
übrigen ist das Datum des 25. Januar feststehend. Man glaubt
nicht, daß die Konferenz länger als eine Woche dauern wird.

Klärung, mit der der „Deutsche“ begonnen hat, weitergeführt werden!

Nicht minder interessant ist die Bezugnahme des „Deutschen“ auf „das führende Gremium der Harzburger Front!“ Wer bildet dies Gremium? Der „Deutsche“ gibt deutlich genug zu verstehen, daß Hitler, der angebliche Diktator und Alleinherrscher in seiner Partei, nicht zu dieser Führungsgruppe gehöre. Um so mehr muß man annehmen, daß Friedl, der sich sofort in den Vordergrund geschoben hat, dazu zu rechnen ist. Dieser Eindruck ist sehr allgemein. Die „Deutsche Tageszeitung“ faßt ihn in die folgende Frage:

„An diesen Auslassungen tritt ein Parteistandpunkt zutage, wie er von dem obersten Führer der Nationalsozialisten, Hitler, während der ganzen Behandlung der Präsidentenfrage nicht gehört worden ist. Wir halten es daher für unbedingt erforderlich, daß die Ausführungen Friedls eine offizielle Klarstellung erfahren. Man muß wissen, ob der von Friedl vertretene Standpunkt derjenige der Gesamtpartei ist oder ob man diesen aus der vorsichtigen Zurückhaltung Hitlers entnehmen soll.“

Es sind noch allem genug dunkle und unkontrollierbare Kräfte am Werke, um im Trüben zu fischen! Die Sabotage nach innen hin und die Sabotage gegen die Außenpolitik der Regierung greifen Hand in Hand!

Ueber die Sabotage in die allgemeine Verwirrung, mit Hilfe der allgemeinen Verwirrung zur Macht — das ist das Ziel der sogenannten „nationalen“ Opposition. Daß dabei die außenpolitischen Interessen Deutschlands empfindlich geschädigt werden würden, stört die Harzburger nicht. Denn die sogenannte „nationale“ Opposition hat noch niemals viel übrig gehabt für das wahrhaft Nationale!

Stahlhelm und Präsidentenwahl.

Die Bundeszeitung des Stahlhelm setzt sich für eine Volkswahl Hindenburgs ein. Sie schreibt:

„Wir halten den Gedanken, die Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten durch eine Volkswahl zu verlängern, durchaus für diskutabel, wie es übrigens auch die Nationalsozialisten tun, deren „Nationalsozialistischer Pressebrief“ bereits am Freitag erklärte: „Es ist richtig, daß die RSDAP bereit ist, für eine Wiederwahl Hindenburgs einzutreten.“ Selbstverständliche Voraussetzung wäre nach unserer Ansicht jedoch, außer der Zustimmung des Generalfeldmarschalls, die Ausschaltung jeglicher Parteipolitik, gleichgültig welcher Richtung, und die Durchführung des Wahls in einer Form, die der menschlichen und historischen Würde Hindenburgs entspricht. Dazu wäre nötig: Erstens: die sehr rasche Vornahme der Wahl, der ja keinerlei Agitation voranzugehen braucht. Zweitens: die Zurückstellung jeder anderen Kandidatur, so daß der Charakter der üblichen Wahlkämpfe vermieden wird und die Volksabstimmung den Stempel einer Säuberung erhält.“

Da entsteht der Anschein, daß der Stahlhelm nicht zu dem „führenden Gremium der Harzburger Front“ gehört, von dem der „Deutsche“ gesprochen hat!

Phantasien.

Ein Scherzstück der „Täglichen Rundschau“.

Die „Tägliche Rundschau“, das Organ des christlich-sozialen Volksdienstes hat sich eine Zeit lang bemüht, für die Milderung der Gegenüber im deutschen Volke zu wirken. Neuerdings ist aber auch dieses Blatt in das Fahrwasser der üblichen innenpolitischen Hege geraten. Was es über die Eisener Front als Vorbereiterin von Bürgerkrieg und Straßenkämpfen zusammenschwindelt, könnte ebensogut für den „Angriff“ des Herrn Goebbels geschrieben sein. Auf derselben Höhe bewegen sich die Ausführungen der „Täglichen Rundschau“ über angebliche Meinungskämpfe zwischen den Genossen Leypart und Breitscheid. Sie phantasiert dabei etwas von einer Sitzung der Reichstagsopposition, die nicht stattgefunden hat, und von einem Antrag, der nie gestellt worden ist. Sie behauptet, Breitscheid sei, im Gegensatz zu Leypart, in der Reparationsfrage „nicht für eine Endlösung, sondern für das Moratorium“.

Es gehört schon ein ganzes Maß von Unwissenheit dazu, einem deutschen Politiker zu unterstellen, er sei gegen die Endlösung, die mit den Reparationen Schluß macht. Es gehört auch ein ungewöhnliches Maß von Unwissenheit dazu, nicht zu bemerken, daß die angebliche Haltung Breitscheids im Widerspruch zu dem Programm der Sozialdemokratischen Partei steht, daß die Streichung aller Kriegsschulden — das ist eben die Endlösung — fordert. Die „Tägliche Rundschau“ hat alle ihre guten Vorsätze vergessen. Sie ist mit ihrer neuesten Leistung auf das Niveau eines dummen Heftblattes herabgesunken.

Christen und Nazis.

Eine grundsätzliche Abgabe.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat auf seiner letzten Tagung im Anschluß an ein Referat von Jakob Kaiser-Münster, der Geschäftsführer und Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn ist, nach dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften seine Haltung gegenüber den Nationalsozialisten folgendermaßen festgelegt:

„Referat und Aussprache ergaben die einheitliche Erkenntnis, daß der Nationalsozialismus für die christliche Arbeiterbewegung etwas Wesensfremdes ist. Er steht im Widerspruch zum Gesetz christlicher Weltanschauung. Sein Diktatorwille widerspricht der innersten Freiheitsauffassung des deutschen Menschen. Und hinter ihm sieht die christliche Arbeiterbewegung die Mächte der Reaktion, deren Ziel die Beschränkung des Lebensraumes der Arbeiterschaft ist und bleibt.“

Zeitschrift-Verbot. Wie der Amtliche Preussische Pressebrief mitteilt, hat der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen die Wochenzeitschrift „Das kämpfende Volk“ der Provinz Ostpreußen in Königsberg auf die Dauer von vier Wochen, und zwar vom 14. Januar bis 10. Februar 1932 einschläglich verboten. Das Verbot erfolgte wegen zwei Artikel, in denen Beschimpfungen und Verächtlichmachungen der Reichsregierung und der preussischen Justiz enthalten waren und von denen einer geeignet ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden.

Ein Verbot aufgehoben. Nach einer Anweisung des preussischen Innenministers ist das vom Oberpräsidenten der Provinz Schlesien Hoffstein in Kiel verfügte schwebende Verbot der nationalsozialistischen Wochenzeitschrift „Der Volkstempel“ aufgehoben worden.

Europäische Einheitsfront!

Mussolini übernimmt sozialistische Parolen.

Mailand, 14. Januar.

Mussolinis „Popolo d'Italia“ veröffentlicht einen neuen aufsehenerregenden Leitartikel über die Reparations- und Schuldenfrage, der angesichts der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands in dem Vorschlag gipfelt: Die europäischen Staaten sollen sich gegenseitig ihre Reparationen und Kriegsschulden nachlassen, um dann gemeinsam von den Vereinigten Staaten den Nachschub der Kriegsschulden zu verlangen. Doch man früher oder später zur Streichung der deutschen Reparationen gelangen müsse, sei allen bewußt. „Nicht stehen wir vor der neuen und vollenommenen Tatsache, daß die deutsche Regierung durch ihre Botschafter den Weltmächten mitgeteilt hat, daß Deutschland nicht bezahlen kann. Der Schlüssel zur Lösung liegt jetzt in den Händen der Vereinigten Staaten. Was soll man machen? Zwangsmassnahmen ergreifen, um Deutschland zum Zahlen zu zwingen, und welche? Die Zeit der Ruhrbesetzung ist vorüber. Selbst wenn man eine solche Operation zugebe, werde Italien jede Teilnahme verweigern. Was würde aus Locarno werden und welches wäre das Los des Völkerbundes? Es gibt nur einen Weg: Um aus dieser verderblichen Lage herauszukommen, ist die Gutschrift der gegenseitigen Soll- und Habenposten zwischen den europäischen Staaten notwendig. Nach diesem ersten Schritt muß man Amerika vor die Einheitsfront der europäischen Schuldner stellen. Indem sie auf ihre Guthaben verzichteten, hätten die europäischen Schuldner ein vollkommen ruhiges Gewissen, um die Annullierung ihrer Schulden durch die Vereinigten Staaten zu verlangen. Gegenüber einem solchen Billensakt ganz Europas hätten die Vereinigten Staaten gewiß nicht den Mut, auf ihr Guthaben zu bestehen. Die Amerikaner würden sich weigern, in der Geschichte der Menschheit als die einzigen dauerhaften Ausbeuter des Krieges zu erscheinen. Niemand von ihnen möchte mit Schloß verglichen werden. Wir glauben, daß in Amerika eine gewaltige Bewegung der Deffektivität zuletz alle Widerstände derer brechen würde, die an einen Vorteil der jetzigen Lage glauben. Neben diesen moralischen gibt es nicht weniger entscheidende materielle Gründe, die Amerika dazu drängen, ebenfalls seine Kriegsbuchhaltung abzuschließen. Das liegt im Interesse der Vereinigten Staaten; doch muß der erste Schritt von Europa kommen. Man kann nicht verlangen, daß die Vereinigten Staaten selbst die Initiative ergreifen.“

Die bürgerliche Presse in Deutschland macht aus diesen Ausführungen des „Popolo d'Italia“ eine besondere Sensation, zumal sie anscheinend aus der Feder des italienischen Diktators selber stammen.

men. Auch wir unterschätzen die Bedeutung dieses Vorstoßes nicht, aber der Himmel scheint uns angebracht, daß

der Gedanke nicht neu ist. Er ist von der Sozialistischen Internationale seit mehr als zehn Jahren in zahlreichen Konferenzbeschlüssen propagiert worden: Streichung aller Kriegsschulden, ob Reparationen oder interalliierte Schulden, das war seit jeher die Forderung der Internationale.

Erst die Haltung des amerikanischen Kongresses, der sich bei der Beratung des Hoover-Memoriums schroff ablehnend gegen den Gedanken einer Streichung oder Herabsetzung der interalliierten Schulden verhielt, hat den Gedanken einer europäischen Einheitsfront gegenüber Amerika auch in weiten bürgerlichen Kreisen entstehen lassen. Aber auch hier war die Sozialdemokratie vorangegangen, besonders der „Vorwärts“, der am 29. Dezember in einem Artikel „Europa, wehr' dich!“ den europäischen Schuldnerstreik gegen Amerika als radikale Lösung der Reparationsfrage empfohlen hatte. Wir wurden damals vom Hugenbergschen „Tag“ heftig angegriffen, dem eine Befreiung Deutschlands vom Druck der Reparationen offenbar überhaupt nicht zulag, wenn nicht Frankreich um Jahrzehnte hinaus seine Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten weiter abtragen muß. Logischerweise müßte sich die Reichspresse nunmehr auch gegen den „Popolo d'Italia“ wenden, aber sie wird sich schwer hüten!

Ein Zusammenhang zwischen den Reparationen und den interalliierten Schulden wird sowohl auf amerikanischer wie auf deutscher Seite bestritten. Das mag formalrechtlich richtig sein, obwohl der Young-Plan diesen Zusammenhang bereits juristisch insofern geschaffen hatte, als er eine Ermäßigung der deutschen Lasten nach Maßgabe etwaiger künftiger Schuldennachlässe durch die Vereinigten Staaten ausdrücklich vorsah. Praktisch ist aber dieser Zusammenhang gar nicht zu leugnen. Es wäre eine absolute Illusion, zu glauben, daß Deutschland von seinen Reparationslasten feierlich befreit werden wird, wenn die Franzosen, Engländer, Italiener, Belgier usw. ihre interalliierten Schulden an Amerika weiter jahrzehntelang abtragen müßten.

Indem man das deutsche Volk darüber im unklaren läßt, drängt man es in die falsche Front des Hasses gegen Frankreich, während in Wirklichkeit die europäischen Mächte, ob Sieger oder Besiegte des Weltkrieges, allesamt Amerika gegenüber tributpflichtig sind. Die einzige mögliche und vernünftige Front, die Erfolg verspricht, ergibt sich aus dieser faktischen Solidarität der europäischen Staaten, zu der die Sozialistische Internationale seit Kriegsende immer wieder aufgerufen hat. Daß sich nunmehr auch Mussolini zu diesem Gedanken bekennt kann gewiß kein Schaden sein. Aber ihn als Entdecker und Verkünder einer neuen Heilsmöglichkeit zu feiern, geht entschieden zu weit.

Aufruf der Staatspartei!

Nicht im letzten Augenblick die Nerven verlieren!

Die „Deutsche Staatspartei“ veröffentlicht einen Aufruf, der sich hauptsächlich gegen die politische Gaukelei der Hitler-Geitze wendet:

Je höher die Fluten dieser größten aller Weltkrisen steigen, um so mehr verfallt die Menschheit in Verzweiflung und Urteilslosigkeit. Unser deutsches Volk, einst das Volk der Dichter und Denker, weiß nicht mehr zu unterscheiden zwischen hohler Phrase und ehrlichem Wollen, zwischen Gaukelei und wirklichen Können, zwischen Aufpeitschung der Leidenschaften und wahrer Begeisterung und Treue.

Eitelkeit, Anmaßung und Blutdürstigkeit gelten als politische Klugheit und Tatkraft. Eine Partei, die jahrelang Haß und Zwietracht genährt hat, darf sich als Träger jugendlichen Idealismus bezeichnen. Ihr Führer, der fanatisches Deutschtum predigt, darf Südtirol eine Bagatelle nennen, und, während er seinen Anhängern Sprengung aller Fesseln, Abschüttelung der Schuldverpflichtungen verspricht, den ausländischen Geldgebern versichert, daß es gar nicht so gemeint sei. Aber der eigenen Regierung, die zur Rettung der Nation ihr Außerstes tut, wird die Gefolgschaft versagt, wird jede denkbare Schwierigkeit bereitet.

Zum Schluß fordert der Aufruf das Bürgertum auf zu Gemeinschaftswillen und Verantwortungsbewußtheit. Nach sechzehnjährigem bewundernswürdigem Ringen dürfe man nicht im letzten Augenblick die Nerven verlieren, sondern müsse sich in einer breiten Bürgerfront gegen den Bahn zusammenfinden.

Schlageters Freund im Helldorf-Prozess

Auch er wurde von den SA-Banditen mishandelt.

Im Helldorf-Prozess wurden gestern u. a. wieder einige Kurfürstendamm-Verletzte vernommen. Auch der Gerichtsaffessor Dr. Peter-Derichsweiler. Er war in Berlin, um sein Alibi vorzutragen zu machen. Er schloß es mit einem zweiwöchigen Krankenbett ab. Ohne jeden Grund fiel man über ihn her, schlug ihm die Brille von der Nase, versetzte ihm Faustschläge und Fußtritte. „Man hat mich wohl, weiß ich schwarz aufsehe, für einen Juden gehalten.“ Das ist die einzige Erklärung, die er selbst für die Berliner SA-Gaßfreundschaft findet. „Waren Sie mit Schlageter befreundet?“ fragt ihn Staatsanwaltstaatsrat Dr. Siemig? „Ja“, erwidert der Zeuge, „ich bin Schlageters Freund. Ich bin bestrebt, sein Andenken hoch zu halten. Ich sammle auch Urkunden, die sich auf ihn beziehen, um die Lügen um ihn zu zerstreuen.“

Es war, als wollte der Zeuge sagen: Wäre Schlageter noch am Leben und mit mir zusammen auf dem Kurfürstendamm gewesen, die Nationalsozialisten hätten auch ihn blutig geschlagen. So halten sie das Andenken ihres Schlageter hoch!

Die Mörder Erzbergers

waren gut versorgt.

Budapest, 14. Januar.

„Az Est“ meldet: Im Frühjahr 1924 hatten die wegen Ermordung Mathias Erzbergers noch Ungarn gestrichelten Förster-Schulze und Tilleffen 24 große Kisten und Koffer einem Lagerraum in Verwahrung gegeben. Seither wurden die Lagergebühren nicht bezahlt, so daß jetzt das Lagerhaus sich auflößt, die Versteigerung durchzuführen. Die Auktion wurde zu einer Sensation.

Die erste Kiste war gefüllt mit 90 Kilogramm Milliardenbanknoten aus der Inflationszeit. Die beiden folgenden Kisten waren mit Zigaretten und Tabak gefüllt, weitere vier Kisten enthielten Lebensmittel, wie Butter, Käse, Marmelade, Konserven usw. In den übrigen Kisten hatten Förster und Tilleffen ihren ganzen Hausrat untergebracht. Tugendwache ausschließlichen Papiere waren nicht in den Kisten.

Den gesamten Kisteninhalt hat ein Transportunternehmen um 400 Pengö erworben, die Inflationsnoten werden eingestampft, der übrige Hausrat wird auf dem Trödelmarkt (Markt für gebrauchte Möbel und Einrichtungsstücke) verkauft werden.

Warschauer Justizaufruf.

Die Begründung des Schandurteils.

Warschau, 14. Januar.

In der Begründung des Urteils gegen die Gefangenen vom Brest-Litovsk hält das Gericht für erwiesen, daß die Mitglieder der Zentralkomitee auf außerparlamentarischem Wege und mit illegalen Mitteln die Regierung stürzen wollten. Die Freiheit des Wortes hätten die Angeklagten mißbraucht und nicht nur sachliche Kritik an der Regierung geübt, sondern auch die Tatsachentendenz besüchtigt, das Ansehen der Behörden untergraben, ihre Vertreter lächerlich gemacht und hierdurch im Volke eine feindliche Gesinnung gegenüber der Regierung hervorgerufen. Aber in diesem Kampfe hätten sie sich nicht nur auf solche Methoden beschränkt, sondern sie hätten

die höchste Staatsgewalt beschimpft und sie verschiedener Verbrechen beschuldigt.

Sie hätten das Volk aufgehetzt, den Kampf gegen die eigene Regierung in einer Art zu führen, wie seinerzeit die Sozialisten ihren (!!) Unabhängigkeitskampf (für Polen) gegen die Regierungen der Teilmächte geführt haben.

Der sozialistische „Kobornik“ sagt, das Urteil werde dem unaufhaltsamen Laufe der Geschichte nicht Einhalt gebieten. Es beseitige aber die letzte noch vorhandene Illusion.

Das Regierungsblatt „Gazeta Polska“ schreibt dem Urteil eine große moralische und erzieherische Bedeutung zu. — Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ hebt hervor, daß

mit dem Urteil auch Verlust der bürgerlichen Rechte für zehn Jahre verbunden

ist. Damit verlor die verurteilten Politiker das aktive und passive Wahlrecht. Da Berufung angehängt ist, sei das Urteil noch nicht rechtskräftig. Vorläufig verblieben die Angeklagten gegen Kaution auf freiem Fuß. Auch die Brester Angelegenheit müsse noch einmal vollkommen aufgeklärt werden, denn hier handele es sich nicht um die Ergebnisse und das Schicksal der Sejmabgeordneten, sondern um die Würde der Nation und die Herrschaft des Rechts.

Hoover kandidiert wieder.

Eine Ankündigung des Postministers.

Washington, 14. Januar.

Generaldirektor Hoover erklärte, daß die Kandidatur Hoovers bei den nächsten Präsidentschaftswahlen vorgeschlagen werden wird.

Revision im Icherwonenprozess verworfen. Der zweite Strafsekt des Reichsgerichts bestätigte am Donnerstag die Urteile des im Juli 1931 stattgefundenen Berliner Icherwonenprozess, indem er die von den Angeklagten beantragte Revision verworfen.

Die Heimwehr droht.

Starhemberg in der Legalität noch schwach.

Am gleichen Tage, da die Wiener Polizei die Waffen zur Verteidigung des Arbeiterheims und des Arbeiterbezirks Ottakring gegen einen Faschistenangriff beschlagnahmte, richtete der Reichsrat Starhemberg an den Bundeskanzler brieflich allerhand krause Wirtschaftsforderungen. Am Schluß sagt er, der Heimatschutz werde sich im Falle der Nichterfüllung seiner Vorschläge auch durch das Aufmarschverbot nicht hindern lassen, den angekündigten Volksaufmarsch durchzuführen, weil dieses Verbot gesetz- und verfassungswidrig sei.

Wie solch ein „Volksaufmarsch“ beschaffen ist, hat man im September gesehen.

In der christlichsozialen Partei tobt heftiger Kampf. Der anständige und ehelich demokratische Abg. Kunzsch, der in Vertretung des Bundeskanzlers Dr. Buresch den Fraktionsvorsitz führt, hat für die nächste Fraktionsitzung die Obmannwahl ausgeschrieben. Das ist eine Art Flucht in die Öffentlichkeit; ihr folgt Kunzsch auf diese Weise, daß er die Verantwortung nicht länger tragen mag.

Neue Anleihefische.

Bundeskanzler Dr. Buresch, Finanzminister Dr. Weidenhoffer, der Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen, Seckellner, und der Präsident der Oesterreichischen Nationalbank Reich sind in Genf eingetroffen, um beim Finanzkomitee des Völkerbundes eine Anleihe von 60 Millionen Schilling durchzuführen. Auf Grund der Prüfung des Staatshaushalts durch ausländische Sachverständige hat Buresch ein Reformprogramm ausgearbeitet, dessen Durchführung er nun darlegen will.

Wer Margiftenverleumdung finanziert.

Im Herbst 1929, als unter dem fördernden Schutze der Regierung Seipel die Heimwehr anfing, die Arbeiterschaft zu provozieren, erschien in Wien ein Blättchen „Der neue Sozialdemokrat“, das in Idealkonkurrenz mit der Tageszeitung „Die Freiheit“ des wegen Erpressung bestraften Sandor Weiss die Verleumdung der Sozialdemokratie betrieb. Jüngst standen die Macher dieses Blättchens, die Franz und Otto Kozlowski und Kocmala, gleichfalls wegen Erpressung vor Gericht. Sie haben versucht, einem Buchschauerständigen durch die Androhung von Enthüllungen, die aus den Fingern gelassen waren, Geld zu erpressen. Aus dem Prozeß ersah man, woher das Geld für das Verleumdungsblättchen gekommen ist. Die Ehrenmänner wurden vom Vizepräsidenten des Industriellenverbandes Sektionschef Ehrhardt empfangen und zu jenem Gesandten a. D. Dr. Wiesner geschickt, der gleichzeitig der Leiter der monarchistischen Bewegung in Oesterreich ist. Durch den Wiesner erhielten die Verleumder im Laufe der Zeit 10 000 Schilling. Auch im Generalsekretariat der Christlichsozialen Partei waren sie gern gesehene Besucher. Mit Salz erklärte Kozlowski im Gerichtssaal, daß auch Seipel über seine Pläne informiert war, und daß er zu allen christlichsozialen Politikern die besten Beziehungen hatte. Der christlichsoziale Abg. Doppler hat dem Kozlowski für einen Artikel, den er schreiben sollte, im voraus 200 Schilling gegeben.

Die Erpresser werden verurteilt — aber wie steht diese Front der Verleumder, der Regierungspartei und der Anarchisten da, die Verleumdungen gegen die Arbeiterpartei finanziert?

Republikaner werden verurteilt —

wenn sie sich gegen Nazi-Banden wehren! Frankfurt ist nicht Süßrow!

Frankfurt a. d. O., 14. Januar. (Eigenbericht.)

Vor dem Schöffengericht Frankfurt a. d. O. hatten sich fünf Reichsbannerleute, Mitglieder des Tambourkorps, zu verantworten, weil sie angeblich Nationalsozialisten angegriffen und geschlagen haben. Am 24. Juni 1931 hatte die Sozialdemokratische Partei eine öffentliche Versammlung im Konzerthaus Bellevue veranstaltet, in der der italienische Genosse Professor Dr. Mario Corpi über den Faschismus in Italien sprach. Die Versammlung wurde von den in Stärke von 150 Mann anwesenden Nazis gesprengt, nachdem zunächst die Schwungversuche an der Disziplin der Versammlungsbefucher und des Reichsbanners gescheitert waren. Wie durch eine große Anzahl von eidlich erhärteten Zeugenaussagen bewiesen werden konnte, waren die Nationalsozialisten die Angreifer, gegen die sich die Reichsbannerleute zur Wehre setzten. Ein Verfahren gegen die Nazis wurde von der Oberstaatsanwaltschaft abgelehnt. Wiederum kamen nur die Reichsbannerleute auf die Anklagebank, die jetzt zu Strafen von zwei Wochen bis zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

In der Verhandlung, bei der 59 Zeugen vernommen wurden, fiel das Verhalten des Vorsitzenden, Amtsgerichtsdirektors Breda, geradezu auf. Die Nazis, die als Belastungszeugen ungerührt demonstrierten mit dem Hitlergruß schwören konnten, wurden als allein glaubwürdig hingestellt, während man den Aussagen sämtlicher Anklagezeugen keinen Wert belegte. Gegen das Urteil, das in der republikanischen Bevölkerung große Empörung ausgetriggert hat, wurde sofort Berufung eingelegt.

Mit dem Amtsgerichtsdirektor Breda hat der „Vorwärts“ sich in früheren Jahren bereits mehrfach beschäftigt. Rechtsanwält Falkenfeld hat gegen ihn wegen seines mehr als merkwürdigen Verhaltens beim Kapp-Putsch wiederholt Beschwerde geführt. Als er schließlich angeklagt der immer wiederholten Beschuldigungen gegen Falkenfeld beim Kammergerichtspräsidenten Strafantrag von Amts wegen nachsuchte, lehnte dieser es ab, sich an seine Seite zu stellen.

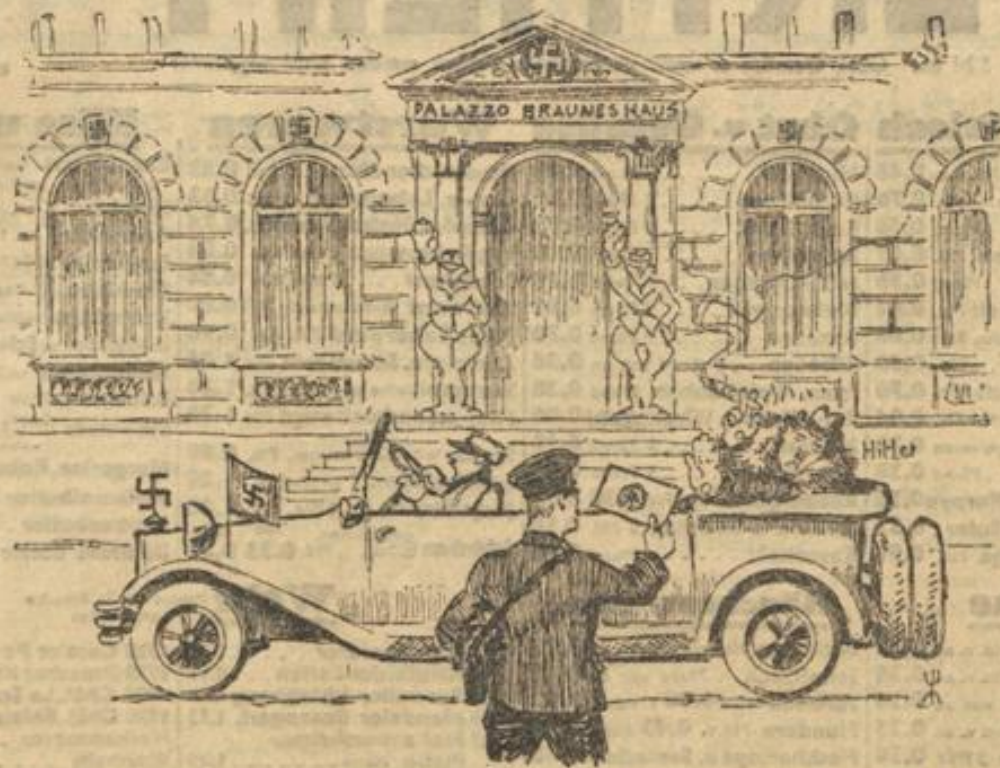
New-Yorker Volkszeitung.

Neuer Chefredakteur.

Der von der Sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten herausgegebene „Labor and Social Press Service“ teilt mit, daß Dr. Siegfried Lipschitz, amerikanischer Korrespondent des „Sozialdemokratischen Pressedienstes“ in Berlin, die Chefredaktion der „New-Yorker Volkszeitung“ übernommen hat. Dementsprechend wird dieses deutschsprachige Tagblatt — das ursprünglich sozialistisch war, nach der Spaltung im Jahre 1919 kommunistisch wurde und jetzt unabhängig radikal ist — wiederum besondert sozialistisch werden.

Der Italienisch-rumänische Freundschaftsvertrag ist um sechs Monate verlängert worden.

Armenrechtsfache.



Hilfer: „Gerichtsvorladung nach Berlin? — Bedauere, kann das Fahrgeld nicht aufbringen.“

Bilanz des Wahnwikes.

Ueber 39 Milliarden Mark Reparationen und fast 55 Milliarden Mark interalliierte Kriegsschulden.

Das Konjunkturforschungsinstitut gibt einen Überblick über die politische Verschuldung in der Welt. Was die deutschen Reparationen angeht, so berechnet das Institut die Belastung für die Gegenwart mit einem Wert von 39 Milliarden Mark. Dabei sind die im Young-Plan festgelegten Jahreszahlungen mit 5 Proz. kapitalisiert. Deutschland ist aber nicht der einzige Staat, der Reparationen zu zahlen hat, wenn sich auch die Verpflichtungen anderer Staaten nicht mit denen Deutschlands vergleichen lassen. Ungarns Reparationsverpflichtungen betragen immerhin rund 97 Millionen Mark, die Bulgariens, immer den Wert er genommen, 154 Millionen Mark und die Besetzungsschuld der Tschechoslowakei 170 Millionen Mark.

Bis hierher herrscht eigentlich in den politischen Zahlungsverpflichtungen der Völker noch peinliche Ordnung. Das Bild geht aber funtzerbunt durcheinander, wenn man die interalliierten Schulden berücksichtigt; gerade wie die Wirkungen dieser Schulden auf die Wirtschaft. Einmal haben die einzelnen Staaten an Amerika Schulden abzutragen, des anderen sind sie untereinander verschuldet. Die Vereinigten Staaten haben von Frankreich 8,778 Milliarden Mark Kriegsschulden zu bekommen, England von Frankreich 3,613 Milliarden Mark. Somit ergibt sich für Frankreich eine Kriegsschuld von 12,391 Milliarden Mark. Die Restverpflichtungen, die französischen Forderungen also abgerechnet, werden vom Konjunkturforschungsinstitut mit 12,214 Milliarden Mark angegeben. Großbritannien schuldet an die Vereinigten Staaten, nur reine Kriegsschulden, 14,482 Milliarden Mark. Es ist aber für Italien, Belgien, Griechenland usw. Gläubiger.

Die reinen Kriegsschulden Englands stellen sich insgesamt auf 15,045 Milliarden Mark.

Die Restschulden, also die englischen Forderungen abgerechnet, machen immer noch 9,293 Milliarden Mark aus. Italien schleppt sich mit einer Kriegsschuld, Gläubiger sind in der Hauptsache Amerika und England, von 3,548 Milliarden Mark herem. Die Restverpflichtung wird mit 3,393 Milliarden Mark angegeben. Für Belgien ergibt sich eine Restverpflichtung von 960 Millionen Mark. Insgesamt beträgt die politische Verschuldung der Welt 54,582 Milliarden Mark; davon entfallen 33,247 Milliarden Mark auf solche Länder, die von Reparationszahlungen Deutschlands etwas erhalten. Unter den 54,582 Milliarden Mark sind die russischen Kriegsschulden mit 17,002 Milliarden Mark berücksichtigt. Vorläufig zahlt Rußland nicht, weshalb die Kreditpore für Rußland anhält und wahrscheinlich so lange anhält, bis irgendeine Regelung erfolgt.

Rechnet man unter den 33,247 Milliarden Mark, die sich die reparationsberechtigten Mächte untereinander schulden, Gegenforderungen auf, so ergibt sich immer noch ein Betrag von 26,8 Milliarden Mark, mit denen die reparationsberechtigten Mächte an die Vereinigten Staaten von Amerika verschuldet sind.

Der weitaus größte Teil der politischen Schuldenszahlungen fließt also letzten Endes Amerika zu. Im Fiskaljahr 1931/32, also in der Zeit Juli 1931 bis Juni 1932, waren an Zinsen und Kapitalbeiträgen rund 253 Millionen Dollar fällig gewesen. Sie sind durch das Hoover-Jahr gestundet worden. Amerika hätte am 15. Dezember 1931, dem einen Zahlungstermin, rund 122 Millionen Dollar Zinsen und Tilgungsraten aus den politischen Schulden empfangen müssen. Am 15. Juni 1932, dem zweiten Zahlungstermin, wären ohne das Hoover-Jahr 124,4 Millionen Dollar fällig gewesen, wovon nicht weniger als 116,9 Millionen Dollar zu Vassen der reparationsberechtigten Länder gehen. Interessant ist auch, welchen Anteil diese Zahlungen an den Bundeserträgen der Vereinigten Staaten haben. Die Zahlungen der reparationsberechtigten Mächte allein machten im Jahre 1929/30 = 4,96 Proz. der Einnahmen aus, im Jahre 1930/31 aber 6,75 Proz. Das erklärt vieles, was gegenwärtig in Amerika vorgeht.

Von Bedeutung ist, daß die interalliierten Zahlungen auf Grund der Verträge von Jahr zu Jahr ansteigen sollten.

Dies wäre für den Dienst der amerikanischen Kriegsanleihe wichtig. Die den alliierten und assoziierten Mächten gewährten Kriegskredite sind in den Vereinigten Staaten durch innere Kriegsanleihe (Liberty Bonds) beschafft worden. Die von den Schuldnermächten einlaufenden Zahlungen sollen zum Teil zur Tilgung der amerikanischen Kriegsschulden verwendet werden. Der Anteil der interalliierten Zahlungen am gesamten planmäßigen Schuldendienst der Vereinigten Staaten dürfte von rund 15 Proz. im Jahre 1925/26 auf mehr als 21 Proz. im Jahre 1930/31 gestiegen sein. Diese Zunahme ist um so bedeutsamer, als 1930/31 die amerikanische Bundesverschuldung im Zusammenhang mit den sinkenden Einnahmen zum erstenmal seit dem Jahre 1929 wieder angestiegen ist.

Ganz grotesk wird das Bild der internationalen politischen Verschuldung, wenn wir den Zinsfaktor einsehen.

Von den während des Hoover-Jahres insgesamt gestundeten Zahlungen an die Vereinigten Staaten waren 184,3 Millionen Dollar, also rund 75 Proz. des Gesamtbeitrages, zur Deckung der Zinsverpflichtungen bestimmt. Hier ist Großbritannien der Leisttragende; denn der größte Teil der Gesamtzinszahlungen, rund 54 Proz., entfällt auf Zinsen, die von England gezahlt werden sollten. Rechnet man die Kapitalrückzahlung hinzu, so ergibt sich, daß Großbritannien mit etwa 65 Proz. an den Verpflichtungen beteiligt ist, Frankreich dagegen nur mit 21 Proz., Belgien mit 3 Proz. und Italien mit 6 Proz. Die ungleich stärkere Belastung Englands ergibt sich aus den verschiedenen Zinssätzen für die Schulden, die für England im Durchschnitt der ganzen Laufzeit 3,3 ausmachen, für Frankreich 1,6, für Belgien 1,8 und für Italien 0,4 Proz. Infolge des hohen Zinssatzes und auch natürlich infolge des verhältnismäßig geringen Nachlasses in der Kapitalrückzahlung sind von den bisherigen Zahlungen Englands nur 15 Proz. als Tilgung des Kapitalbeitrages zu betrachten, während von den Leistungen Frankreichs 60 Proz. auf Tilgungskonto verbucht werden.

Zu berücksichtigen ist weiter, daß die gegenwärtigen Verträge schon auf einem Nachlaß der Kriegsschulden aufgebaut sind.

Großbritannien gewöhnte z. B. seinen Schuldnern im Durchschnitt Nachlässe um 75 Proz. Im Durchschnitt wurden die Kapitalbeiträge der interalliierten Schulden bisher um 60 Proz. vermindert. Dabei ist England nicht gut weggekommen. Während von den Forderungen Englands rund 75 Proz. gestrichen wurden, haben sich seine Verpflichtungen um wenig mehr als 30 Proz. vermindert. Im übrigen ist England gegenwärtig durch die Entwertung des Bundes stark benachteiligt. Die Verpflichtung der Schuldnermächte an Amerika lautet auf Golddollar, die Verpflichtung an Frankreich auf Goldfranken; die Forderungen Großbritanniens hingegen sind auf Pfund-Sterling gestellt und haben keine Goldklausel, was sich jetzt bitter bemerkbar macht.

Hochpatriotische Pleite.

Im Kölner schwarz-weiß-roten Gardeverein.

Der Kölner schwarz-weiß-rote Gardeverein ist in eine äußerst peinliche Lage geraten. Seit etwa 1 1/2 Jahren besteht auf dem Gelände der früheren Preisausstellung in Köln ein Gardeerholungs- und -ferienheim. Die Werbung für dieses Heim hat der Gardeverein betrieben. Gefaßt hat das Haus der Vorstands des Gardevereins. Er verteilte auch die Aufräge für den Umbau und die Einrichtungen. Die Handwerker haben noch Forderungen von etwa 45 000 M. Jetzt, wo sie auf Bezahlung drängen, stellt sich heraus, daß nicht der Gardeverein oder sein Vorsitzender, sondern ein elgens zum Betrieb des Gardeheims gegründeter neuer Verein, der über keine Mittel verfügt, im juristischen Sinne Besitzer und Auftraggeber ist. Angeblich sollen nicht einmal Gelder vorhanden sein, um den Betrieb im Frühjahr wieder aufnehmen zu können. Die kleinen Handwerker werden also das Nachsehen haben und das bei einem hochpatriotischen Gardeverein!

Waffen- und Sprengstoff-Fund in Hagen. Wie das Polizeipräsidium Hagen mitteilt, wurde von Beamten des Polizeipräsidiums in der Sunderlohstraße ein verdecktes Sprengstoff- und Waffenlager ausgedehnt. Gefunden wurden über ein Hundert Sprengstoff-, 770 Sprengkapseln, eine Menge Gewehre und Pistolen sowie Munition. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die polizeiliche Untersuchung ist noch im Gange.

Haß wieder Vorsteher!

Sozialdemokrat mit 100 gegen 99 Stimmen im 1. Wahlgang gewählt.

Die erste Sitzung der Stadtverordneten im neuen Jahre begann, wie es die Geschäftsordnung vorschreibt, mit der

Wahl des Vorstehers.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Flatau, schlug wieder den alten Vorsteher Genossen Haß vor. Flatau teilte weiter mit, daß die sozialdemokratische Fraktion alle anderen Fraktionen nicht im unklaren darüber gelassen habe, daß die Sozialdemokraten bei der Wahl der stellvertretenden Vorsteher nur den Kandidaten derjenigen Fraktionen unterstützen würden, die ihrerseits das Recht auf die Stellung des Vorstehers aus den Reihen der Sozialdemokraten als der stärksten Fraktion anerkennen. Der Kommunist Wisnewski schlug unter Ausfällen gegen das alte Vorsteherkollegium und die Sozialdemokraten seinen Parteigenossen Piesch vor, während Stadtverordneter Granaß (Dnat.) das Fraktionsmitglied der Deutschnationalen Domke vorschlug. Für Haß könnten die Deutschnationalen nicht stimmen, erklärte Granaß, weil ein von ihnen seinerzeit eingebrachter Mißtrauensantrag gegen Haß zur Verhandlung nicht zugelassen wurde (was die Geschäftsordnung so bestimmt! Red.) und weil es sich in der jetzigen Zeit nicht vertreten lasse, daß ein Sozialdemokrat Vorsteher der Berliner Stadtverordnetenversammlung sei. (Stürmische Heiterkeit bei den Soz.) Der Nationalsozialist Lippert unterstützte den deutschnationalen Kandidaten. (Zuruf: Habt Ihr keinen eigenen?) Die Zettelwahl ergab die

Wiederwahl des Genossen Haß

im ersten Wahlgang. Von den 199 gültigen Stimmen entfielen auf Haß 100, auf Domke 57 und auf Piesch 42. Bei den Sozialdemokraten löste die Wiederwahl des Genossen Haß großen Beifall aus, die Deutschnationalen wurden in einem Zuruf Flatau auf diesen „neuen Sieg“ ihres Granaß gebührend hingewiesen. Bei der Wahl des Vorsteherstellvertreters gaben die Sozialdemokraten angelehnt der Kandidatur von Domke und Piesch weiße Stimmzettel ab; gewählt wurde Domke mit 89 Stimmen. Die Wahl der anderen stellvertretenden Vorsteher fiel auf die Stadtverordneten Dr. Caspari (Sp.) und Meyer (Dem.). Jedemal schlugen die Kommunisten ihren Fraktionsführer Piesch vor; sie heilten ihn also für den ersten Vorsteher ebenso geeignet wie für den letzten Stellvertreter.

Die Versammlung wandte sich dann der Erledigung der Tagesordnung zu.

Die städtischen Gesellschaften.

Bereits im Juli hatte der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage gemacht, in der über die Zusammenlegung, Auflösung und Aufrechterhaltung städtischer Gesellschaften und die Abtötung und Beibehaltung städtischer Gesellschaftsbeteiligungen eingehend Bericht erstattet und um entsprechende Beschlussfassung gebeten wurde. Der Magistrat betonte in der Vorlage, daß die in einer gewissen Skandalpresse verbreitete Mitteilung, wonach die Stadt Hunderte von Gesellschaften unterhalte oder an ihnen beteiligt sei, nicht den Tatsachen entspreche. Nach Abzug der Kammerbetriebe verbleibe nämlich nur eine sehr geringe Zahl von Gesellschaften, die nun also aus Rationalisierungs- und anderen wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Gründen noch mehr verringert resp. zusammengelegt werden sollen. So sollen insbesondere die städtischen Bau- und Heimstätten zusammengelegt, die Nord-Südbahn aufgelöst — ihre Kompetenzen gehen auf die BSB über — und auch die Freibadgesellschaften zusammengelegt werden. In der Aussprache betonte Stadt. v. Jedlin (Dnat.), die Bedenken seiner Partei richteten sich insbesondere gegen das immer stärker hervortretende Bestreben der öffentlichen Hand, in Wirtschaft

schaftsgebiete einzuräumen, die der privaten Initiative unterstehen sollten. Stadt. Wisnewski forderte den Rücktritt der Stadt von dem Vertrag mit der Berliner Hasen- und Lagerhausgesellschaft. Als Magistratsvertreter rief Bürgermeister Elsas noch einmal die Entstehungsgeschichte des Behala-Vertrages in die Erinnerung. Im Jahre 1923, bei Abschluß des Vertrages, seien sich die städtischen Körperschaften in der Erkenntnis einig gewesen, daß der Vertragsabschluß notwendig war. Selbstverständlich könne man jetzt die Lage anders ansehen. Kein Zweifel könne darüber bestehen, daß die Verträge rechtsgültig sind und daß nur Verhandlungen zu einer Revision der Verträge führen könnten, die denn auch bereits eingeleitet seien. Der Antrag der Kommunisten auf Auflösung der Verträge erschwere aber diese Verhandlungen und deshalb seien sie abzulehnen. Gegenüber der Behauptung des Stadt. Wisnewski, die Sozialdemokraten hätten Bürgermeister Elsas als „Reinigungskommissar“ gewählt, bemerkte Stadt. Schäfer (Soz.), daß nach der auch jetzt noch bestehenden Meinung der Sozialdemokraten es in der Verwaltung der Stadt Berlin nichts zu reinigen gab. Die Sozialdemokraten hätten Elsas wie auch andere Magistratsmitglieder gewählt in der in Erfüllung gegangenen Absicht, den Magistrat wieder arbeitsfähig zu machen. Jedenfalls hätte die kommunistische Partei, die sich grundsätzlich jeder Verantwortung entzieht, kein Recht, anderen Parteien Verantwortungslosigkeit vorzuerwerfen. Bezüglich der Auflösung der Nord-Südbahngesellschaft, die lediglich zum Bau dieser Bahn gegründet wurde, forderte Schäfer, daß das Personal in die BSB übergeführt wird.

Die Debatte wurde in vorgerückter Zeit abgebrochen, einige kleinere Vorlagen wurden ohne Debatte erledigt.

Der Verrat an Südtirol.

Heute abend Reichsbannerkundgebung in den Spichernsälen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Berlin, feht seine Aktion, die unter dem Zeichen: „Wir greifen an! Unser der Staat. — Unser die Nacht!“ steht, heute abend durch eine Kundgebung fort, die um 20 Uhr in den Spichernsälen, Spichernstr. 1 (Untergrundbahnstation Nürnberger Platz), stattfindet.

Die Kundgebung wird den nationalsozialistischen Verrat an Südtirol behandeln. Als hervorragender Sachkenner der Zustände in dem durch Mussolini und seine faschistischen Parteibuchbeamten, Zivilgarden und Balillas unterdrückten Südtirol spricht Vater Junekosler, Wien, der an der Spitze des Hilfsbundes für Südtirol steht. Zweiter Redner ist unser österreichischer Kamerad Dr. Wischler.

Die Republikaner und Reichsbannerkameraden wissen, daß deutsche Brauherren schamlos genug waren, am Siegesmal des italienischen Faschismus im unterdrückten urdeutschen Bozen einen Kranz niederzulegen. Heute wird den Nationalsozialisten gezeigt werden, wie die Berliner Bevölkerung über diesen Verrat Hitlers und seiner Gefolgsleute denkt. Deutsche Republikaner, seid zur Stelle!

Der Unkostenbeitrag beträgt 20 Pfennige. Erwerblos frei!

Das ist Nazi-Selbentum!

10 Hakenkreuzkollern gegen einen Reichsbannermann.

Ein gemeiner nationalsozialistischer Ueberfall wurde gestern nachmittag in der Eßbinger Straße auf einen Reichsbannermann verübt. Etwa 10 Hakenkreuzler fielen über den Reichsbannermann her, der sich jedoch trotz der großen Uebermacht erfolgreich seiner Haut wehrte. Als die Nazibanditen erkannten, daß sie an den Unrechten getreten waren, flüchteten sie in ihr Verkehrsrotal in der Eßbinger Straße 31. Inzwischen war das Ueberfallkommando erschienen und nahm eine sofortige Durchsuchung des Nazilokals vor. Sieben Hakenkreuzler, die an den hinterhältigen Ueberfall beteiligt waren, wurden festgenommen und der Politischen Polizei zugeführt.

Raubüberfall auf Kontoristinnen.

Straßenräuber auf einem Friedhof gefaßt.

In den Mittagsstunden des Donnerstag spielte sich vor dem Hause Chausseestraße 8 im Norden Berlins ein schwerer Ueberfall auf zwei weibliche Angestellte der Batterie-Fabrikations-G. m. b. H. Bunte, Chausseestraße 8, ab. Der Täter, ein 23 Jahre alter Paul Preemobnick, konnte nach kurzer Verfolgung, an der sich auch ein Kollkutscher beteiligte, auf dem Französischen Kirchhof in der Chausseestraße, auf den er gestürzt war, festgenommen und die geraubte Summe abgenommen werden.

Die Firma hatte Lohnzahlungen und schickte daher zwei ihrer Kontoristinnen zur Filiale der in der Nähe gelegenen Darmstädter Bank. Die beiden Mädchen hatten das Geld in Aktentaschen verwahrt. Der größere Betrag in Geldscheinen befand sich in der einen, während der Rest in Hartgeld in der anderen Tasche transportiert wurde. Die beiden Mädchen mußten von dem Räuber aufgelauret und beim Verlassen der Bankfiliale verfolgt worden sein. Als sie vor dem Hause ihrer Firma angelangt waren und gerade durch den Hausflur in die im Hinterhaus gelegene Fabrik gehen wollten, wurden sie von dem Räuber angefallen. Die eine der beiden, die die schwere Tasche mit Hartgeld trug, wurde zu Boden geschlagen und die Tasche ihr entzogen, dann ergriff der Räuber die Flucht. Auf die Hilferufe der überfallenen Mädchen eilten mehrere Passanten dem flüchtenden Räuber nach. Ein Kollkutscher, der sich auch an der Verfolgung beteiligte, sah, wie der Täter mit der Tasche unter dem Arm mit einem gewaltigen Satz über die Mauer des Französischen Kirchhofes sprang. Er eilte ihm nach und konnte ihn nach zwischen den Gräbern erwischen. Inzwischen waren auch Polizeibeamte herbeigeeilt, die den Täter festnahmen. In der geraubten Tasche befanden sich mehrere hundert Mark, die bis auf einen Betrag von 25 Mark wieder da sind. Wahrscheinlich hat sie der Bürsche auf seiner Flucht verloren. Er wurde dem Raubdezernat des Polizeipräsidiums zugeführt. Die überfallene Kontoristin ist glücklicherweise nicht schwer verletzt.

Verabsägung der Schornsteinfegergebühren.

Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten ist unter dem 13. Januar eine Bekanntmachung erlassen worden, wonach mit dem Tage der Veröffentlichung der Kehrlohn 75 Proz. der Grundtage beträgt. Das bedeutet in der Praxis eine Herabsetzung der Kehrgebühren um 15 Proz. Bisher betrug die Kehrlohnsumme nämlich 90 Proz. der Grundtage, die bei jedem Haus verschieden ist und sich nach der Zahl der Schornsteine und ihrer Größe richtet. Die jetzt in Kraft getretenen Sätze sind die gleichen wie sie schon 1927 bestanden haben.

Noch keine Verschütteten in Preußen geborgen. Zu der Meldung über die Auffindung zweier Toten und eines Sterbenden auf der Karsten-Zentrum-Grube wird von dem Leiter des Oberbergamts Bestlau sowie von der Verwaltung der Grube mitgeteilt, daß die Rettungsmannschaften bisher keinen der sieben verschütteten Bergleute tot oder lebend bergen konnten.



Nach einem Tagebuchroman von Karl Hans Schober erzählt von Erich Knauf

Die Bomben klatschen ins Wasser. Unaufhörlich schrillen die Alarmglocken. Ich sehe unweit des Sprachrohrs auf Ventilation, habe nicht an als meine Unterhosen und fettere, denn da unten ist es kühl wie in einem Eiskeller. Befehle kommen durch das Sprachrohr, ich führe sie automatisch aus. Manchmal erbebt das Schiff und das Licht geht aus.

Der diensthabende Offizier stolpert die Stiege herab. Das Licht blinzelt wieder auf. Er mustert mich: „Was ist das?“ Und zerrt dabei an meiner Unterhose.

Ich had zusammen: „Es ging zu rasch!“ „So? Sind Sie verrückt oder werden Sie's? Schwetner!“ Er verschwindet wieder.

Wieder schrillen die Alarmglocken. Das Licht zuckt, geht aus und blinzelt wieder auf. Die Schiffswände erzittern. Wieder ist das Licht da, und jemand schreit durch Sprachrohr: „Wache! Wache!“

Ich melde mich. „Sie schlafen wohl da unten? Abtreten ist! Rhinoceros!“ Also heraus aus dem Loch und auf allen Vieren die eiserne Stiege hinauf. Der Morgen färbt bereits den Himmel.

Unter dem Vorwand, zum Zahnambulatorium zu müssen, gelingt es mir, am Vormittag an Land zu gehen. Ich eile dem Gefangenenhaus zu, wo die Hinrichtung von Kraus und Koucky stattfinden soll. Ein Landsmann will mich einlassen.

Matrosenabteilungen marschieren in das Gefängnis. Man will ihnen ein abschreckendes Beispiel geben. Sie müssen der Hinrichtung beiwohnen, ob sie wollen oder nicht. In Doppelreihen stehen Landvolkdaten in Bereitschaft. Sind die Matrosen dem Admiral nicht zuverlässig genug?

Eine Landratte hält mich an und mustert mich, als ob sie mich fressen wollte: „Wohin?“

„Zu einem Bekannten!“

„Wer ist das?“

„Ein höherer Stabsoffizier des Gefangenenhauses.“

„Bassiert!“

Mit gefülltem Bajonett folgt er mir durch das Haupttor bis zur Wache. Mein Landsmann, ein Schulfreund meines Vaters, führt mich in ein Zimmer, von wo ich die Szene beobachten kann.

In der Mitte des Hofes ist eine provisorische Tribüne für den Admiral mit dem Flaggenstab aufgebaut, links und rechts der Tribüne stehen die Matrosen, das Gewehr bei Fuß. Vierhundert Mann. Vor ihrer Front fünf Gendarmen, ihre Wachhunde.

Der Admiral erscheint mit dem Stab und besteigt die Tribüne. Alle Offiziere sind in Gala.

Plötzlich drehen alle Matrosen den Kopf und starren nach hinten. Eine nervöse Bewegung geht durch ihre Reihe. Kraus und Koucky werden herbeigeführt.

Kraus ist abgemagert und bleich. Seine Augen sind groß und dunkelgrau, aber gutmütig. Er sieht ergreifend aus und rührend. Um seine Stirn liegt eine tiefe Falte wie ein Totenkranz.

Koucky ist kräftiger. Er hat ein schön geschnittenes Gesicht mit gerader Nase, energischem Mund und hoher Stirn. Sein langes dunkles Haar trägt er zurückgekämmt.

Beide sind nur mit Arbeitshose an blaugestreifter Jacke bekleidet. Die Hände sind ihnen auf den Rücken gebunden. Nicht weit von ihnen stehen Risten mit Sägespänen für sie bereit.

„Habt acht!“ ertönt das Signal der Hornisten. Der Admiral verliest das Urteil. Koucky steht stramm, aber Kraus zittert und schwankt. Jetzt schreit der Admiral: „Hunde! Landesverräter!“ höhnisch grinsen die Flaggenoffiziere. „Zum Tode durch Erschießen!“ schließt der Admiral das Urteil.

Dann bläht der Hornist ab, und ein Oberleutnant tritt vor die Gendarmen. Auf ein Kommando wenden sich die

Köpfe der Matrosen nach den Verurteilten. Ein Priester tritt auf Kraus zu und spricht auf ihn ein. Aber der hört schon nichts mehr und schwankt hin und her. Gelassen tritt der Priester zurück, und ein Feldkurator geht auf Koucky zu. Der winkt ab und kehrt ihm den Rücken. Der Feldkurator läßt sich aber nicht ohne weiteres abspesen, nimmt das Kreuzifix und bekreuzigt Koucky. Die Zeremonie ist zu Ende. Schwalben schwirren aufgeregter über den Hof.

Ein Kommando: „Seht an!“

Als erster wird Kraus erschossen. Blutüberströmt bricht er zusammen. Koucky steht daneben und muß zusehen, wie sein Kamerad noch einmal zusammenzuckt, wie man Sägespäne auf den Körper und auf die kleine Blutlache daneben schüttet.

Einem Matrosen wird schlecht. Er fällt zurück, und sein Nebenmann muß ihn stützen.

Jetzt kommt Koucky an die Reihe. „Laden! Seht an!“ Stolz steht Koucky vor den Gendarmen. „Feuer!“ Von der Mauer hinter ihm spritzt der Staub. Die Kugeln sind ihm durch den Kopf gegangen. Mit dem Gesicht nach vorn stürzt er zur Erde.

Der Admiral verläßt mit dem Flaggenstab die Tribüne, tritt zu den Toten und spuckt vor ihnen aus. In Doppelreihen marschieren die Matrosen ab.

Die drei Grazien.

Horst und ich haben Landurlaub. Der Waffenunteroffizier Ballach begleitet uns. Er hat ein großes Interesse für Bordkellner.

Vor einer Kaskemme machen wir halt. Ueber der Eingangstür hängt eine Tafel „Zu den drei Grazien“.

Wider Wein rantz am Hause empor und rahmt ein Fenster im ersten Stockwerk ein, aus dem sich die schöne Mia lehnt. Ein Marineleutnant steht neben ihr. Sie pfeift den neuesten Gassenhauer und grinst Ballach höhnisch an, der sich die Lippen nach ihr leckt und sich ärgert, daß ein Leutnant bei ihr sitzt. „Zu blöd! A, hol der Teufel!“ flucht der Unteroffizier. Wir gehen weiter.

An die dreihundert Matrosen begegnen uns. Ihre Hände sind mit Fesseln geschlossen. Die Begleitmannschaft schlägt mit ihren Gewehrkolben nach untern Flossen: „Blah da! Maulaffen!“ Ueber hundert solcher Kerls bewachen die PB-Leute, die in die Festung transportiert werden.

(Fortsetzung folgt.)

Bergeffene Preisfenkung!

Der stabile Zinsfuß der Lombardgeschäfte und Pfandleihen.

Die jüngste Notverordnung hat für das weite Gebiet der Hypothekenschulden und der sonstigen festen Verpflichtungen eine wesentliche Herabsetzung des Zinsfußes gebracht, die von den betreffenden Schuldner mit Freude begrüßt worden sein dürfte. Jene Schuldner setzen sich im großen und ganzen aus den Kreisen des Bürgertums zusammen. Die werttätige Bevölkerung ist dabei nur insofern beteiligt, als durch jene Zinsermäßigung die Vorbedingung für eine Senkung der Preise der Bedarfsartikel erfüllt wird.

Ein anderes Gebiet, auf dem die Verhältnisse umgekehrt liegen, wo das Heer der Arbeiter und Angestellten in erster Linie beteiligt ist, während die sogenannten besseren Kreise nur wenig in Frage kommen, wird von der Verordnung leider nicht ergriffen. Wir meinen die Zinsätze der Lombardgeschäfte und Pfandleihen. Diese sind in vielen Fällen die letzte Zuflucht des kleinen Mannes, wenn unvorhergesehene Ausgaben kommen, wenn erwartete Gelder ausbleiben oder wenn sonst der letzte Sparspennig ausgegangen ist.

Dah hier ein nicht unbedeutender Personenteils in Betracht kommt, beweist die Tatsache, daß in Berlin allein die Zahl der privaten Pfandleih- und Lombardgeschäfte — soweit sie im Adressbuch verzeichnet sind — über 150 beträgt. Ueber den Umsatz, den diese erzielen, stehen leider amtliche Ziffern nicht zur Verfügung. Immerhin dürfte der Jahresumsatz auf mindestens 10 bis 15 Millionen zu schätzen sein.

Der Zinsfuß, den diese Pfandleihen nehmen dürfen, ist polizeilich festgelegt. Er beträgt für die Pfänder in Höhe von

	pro Mark und Monat
1—50 M.	4 P.
50—100 „	3½ „
100—500 „	2½ „
über 500 „	2 „

Es ergibt dies einen Zinsfuß von 48, bzw. 42, bzw. 30, bzw. 24 Proz.

Die sündigen Herren Pfandleiher scheinen aber selbst bei Beträgen über 500 M. nicht von der ganzen Summe den niedrigen Satz von 2 Proz. zu berechnen, sondern sie zerlegen das Darlehen in die Beträge von 50 + 50 + 400 + x, um so auch bei 500 M. übersteigenden Darlehen die Höchstätze berechnen zu können.

Hierzu treten aber noch Versicherungskosten von einem halben Prozent für zwei Monate gleich 6 Proz. pro Jahr. Das Ergebnis ist also, daß die Kernkosten der Armen bisher schon den ungeheuren durch nichts gerechtfertigten Zinsfuß von 54 Prozent zu zahlen haben. Es läßt sich das nur so erklären, daß diese Sätze aus früherer Zeit herrühren und daß der Herr Minister des Innern bei seiner sonstigen starken Inanspruchnahme noch keine Zeit gefunden hat, seine Aufmerksamkeit auf dieses Gebiet zu lenken. Sache des betreffenden Dezernenten wäre es allerdings gewesen, von sich aus den Minister Vorschläge zu einer Herabsetzung zu machen.

Man kann hier auch nicht einwenden, daß das Staatliche Leihhaus niedrigere Sätze hat. Für Groß-Berlin kommt dieses schon wegen der großen Entfernung nur für einen Bruchteil der Bevölkerung in Betracht; außerdem zeigt die Erfahrung, daß die meisten Leute sich scheuen, die staatliche Anstalt zu benutzen und bei den privaten Leihhäusern einen höheren Zinsfuß zahlen. Es ist zu hoffen, daß diese Anregung genügt, um im Anschluß an die durch Notverordnung erfolgte allgemeine Herabsetzung der Zinsen auch auf diesem Gebiete jetzt eine Besserung zu bewirken. M. L.

Preisfenkung bei Installationen und beim Schneider

In einer Besprechung zwischen dem Reichskommissar für Preisüberwachung und Vertretern des deutschen Elektroinstallateurgewerbes wurde vereinbart, daß die vom Reichsverband des deutschen Elektroinstallateurgewerbes herausgegebenen Richtpreise um 10 Proz. mit sofortiger Wirkung gegenüber den im Dezember 1931 veröffentlichten Richtpreisen gesenkt werden.

Die Besprechungen des Reichskommissars für Preisüberwachung mit den Vertretern des Schneiderhandwerks haben zu folgendem Ergebnis geführt: Das Schneiderhandwerk verzichtet auf die Herausgabe von Richtpreisen und Kalkulationschemata. Der Preisberechnung im Schneiderhandwerk sind die Effektivpreise zugrunde zu legen, die sich aus Herstellungskosten und freiem Wettbewerb ergeben. Bei Stofflieferung auf Grund einer Kollektion wird der im Stoffpreis enthaltene Rabatt von 25 und 20 Proz. auf 15 Proz. ermäßigt. Der bisherige Gewinnzuschlag auf Selbstkosten wird von 20 und 30 Proz. auf 10 Proz. herabgesetzt.

Hoch klingt das Lied vom braven Mann... Ein Lebensretter vor Gericht.

Ein Reisender wird stellunglos. Die Unterstützung reicht nicht. In seinem Besitz befinden sich von seiner früheren Tätigkeit her noch einige Stücke Stoff. Er verkauft sie. Die wenigen Mark sind bald aufgebraucht. Die Firma droht mit Polizei und Gericht. Der stellunglose Reisende meldet sich polizeilich ab. Furcht vor Strafe begleitet ihn wie sein Schatten. Er nächtigt bald da, bald dort. Hat kaum satt zu essen, das Leben hat keinen Sinn mehr. Eines Tages ist er des ewigen Umherirrens satt. Mag kommen, was da will. Er mietet sich eine Schlafstube, meldet sich polizeilich an. Der behördliche Apparat setzt sich in Bewegung. Er wird vernommen. Gericht und Strafe dürfen auf sich nicht lange warten lassen.

Wenige Wochen später. Am Landwehrkanal. Schreckensschreie. Hilferufe. Eine Frau hat sich ins Wasser gestürzt. Das Publikum ist vor Schreck wie gelähmt. Menschen laufen ratlos hin und her. Die Frau verschwindet im Wasser. Blötzlich reißt ein Mann sich den Rock vom Leibe. Springt ins Wasser. Verschwindet für einen Augenblick in der Tiefe. Taucht wieder auf. Unter dem Arm die Frau. Er schleppt sie ans Ufer. Die Polizei ist zur Stelle. Ein Auto wird geholt. Die Gerettete atmet schwach. Schnell zur Rettungswache! Der Mann, die Mühe tief ins Gesicht, geht seines Weges. Ein Polizeibeamter ihm hinterher. Mann, ihr Name, wo wohnen Sie. Was soll denn mein Name? Die Rettungsmedaille! — Werde ich etwa satt von eurer Rettungsmedaille? Er eilt davon.

Moabit. Einzelrichter. Also, Angeklagter K., Ihnen wird Unterschlagung vorgeworfen. Was können Sie dazu sagen? K.: Ich hatte meine Stellung verloren, die Unterstützung reichte nicht, war in Not, was soll ich mehr sagen? Staatsanwalt: Einen Monat vom Leibe. — Angeklagter, Sie haben das letzte Wort. Herr Richter, bevor Sie das Urteil sprechen, lesen Sie bitte hier diese Zeitungsnote. — Was soll denn die Zeitungsnote? — Lesen Sie bitte, Herr Richter. Der Richter liest: In den Landwehrkanal sprang gestern Abend eine lebensmüde Frau. Ein Mann stürzte ihr nach und holte sie heraus. Als der Polizeibeamte ihn nach Namen und Adresse fragte, damit ihm die Rettungsmedaille verliehen werden könne, verweigerte er jede Auskunft, er wolle keine Medaille. Und, fragt der Richter. — Das war ich, Herr Richter. Die Rettungsmedaille brauchte ich nicht, davon wäre ich doch nicht satt geworden. Ich hätte auch sonst kein Aussehen davon gemacht. Aber, da ich nun vor Gericht stehe und ins Gefängnis soll, da bitte ich doch um Bewährungsfrist. Urteil: 3 Wochen Gefängnis und Bewährungsfrist. Der Lebensretter K. nimmt das Urteil an. Er wird weiter hungern. Zu unterschlagen hat er ja nichts mehr. Und wenn sich wieder eine Gelegenheit bietet, wird er ein fremdes Leben retten — ohne Anspruch auf die Rettungsmedaille. Nur bewahren will er sich...

Mit einem Hammer niedergeschlagen.

Eine wüste Schlägerei entspann sich am Donnerstagnachmittag gegen 1 Uhr im Hause Anhaltstraße 11, wobei der 29 Jahre alte Schlosser Kurt Hippe von seinem Gegner, dem 37 Jahre alten Kaufmann Otto Bende mit einem Hammer niedergeschlagen und

schwer verletzt wurde. Das herbeigerufene Ueberfallkommando nahm Beide fest und sorgte für Ueberbringung des Hippe ins Urbanfrankenhaus.

Die Mietermäßigung bei Altbauten. Leichter Antragstermin für Streitigkeiten: 25. Januar.

Ueber Streitigkeiten, die wegen des Umfangs der durch die Notverordnung angeordneten Mietermäßigung entstehen, entscheidet nach der Preussischen Verordnung über die Mietfenkung bei Wohnungen das Mieteinigungsamt. Das gilt gleicherweise für diejenigen Mietverhältnisse, bei denen die gesetzliche Miete zu entrichten ist, wie für diejenigen, bei denen die Miete auf freier Vereinbarung der Vertragsparteien beruht. Die Entscheidung des Mieteinigungsamtes ist endgültig und bindet die Gerichte und Verwaltungsbehörden. Es liegt im Interesse aller Beteiligten, über die tatsächliche Höhe des nunmehr zu zahlenden Mietzins baldigst Gewißheit zu erlangen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Minister für Volkswohlfahrt daher die Anordnung getroffen, daß Anträge an das Mieteinigungsamt zur

Wohl selten hat eine Verhandlung in Moabit einen so tiefen Einblick in die Arbeitsmethoden der internationalen Falschmünzer und die Gegenaktionen der Kriminalpolizei gewährt, wie der Prozeß, der vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter dem Aktenzeichen Pflister und Genossen verhandelt wurde.

Der Hauptangeklagte war ein Steindrucker Richard Pflister, ihm zur Seite saßen die Eheleute Alexander und Martha Sloczynski, der Portier Baldin und vier Männer, die sich Kaufleute nennen. Wenn auch die Verhandlung wegen Gefährdung der Staatsicherheit zum Teil unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, bot sie doch genug des Interessanten. Die Kriminalpolizei kam den Wünschungen dadurch auf die Spur, daß eine Frau Schröder, die in der Chodowiczstraße wohnte, eine Anzeige beim Revier erstattete, daß ihre Untermieter Falschgeld herstellten. Selbstmörder beging die Frau wenige Tage darauf Selbstmord, und die Männer, die nach ihrer Angabe schwere Maschinen mitgebracht hatten, waren verschwunden. Die Kriminalpolizei arbeitete zunächst ohne Erfolg. Später ermittelte sie, daß falsche Postkreditbriefe hergestellt waren, und man entdeckte weiter, daß nach dem Tode der Frau Schröder das Hauptquartier in die Wohnung des Ehepaars Sloczynski verlegt worden war. Wie Herr Sloczynski stammte auch der Mitangeklagte „Kaufmann“ Wilezowski aus Polen. Er hatte einige Vermittler an der Hand und finanzierte das Unternehmen. Als sein Geld zu Ende ging, betätigte er sich als Taschendieb, aber gerade als er einer Dame in der Untergrundbahn die Handtasche ausplündern

endgültigen Feststellung der Miethöhe spätestens am 25. Januar 1932 gestellt werden müssen. Wird die Frist veräumt, so bleibt es bei der vom Vermieter angegebenen Mietermäßigung.

Vorsätzliche Körperverletzung? Erklärung des Vorsitzenden im Lübecker Tuberkulose-Prozeß.

Lübeck, 14. Januar.

Nach zweitägiger Unterbrechung wurden die Verhandlungen im Lübecker Tuberkulose-Prozeß wieder aufgenommen. Der Vorsitzende teilte mit, daß hinsichtlich des angeklagten Obermedizinalrats Dr. Alstaedt insofern eine veränderte Rechtslage eintreten könne, als das Gericht prüfen werde, ob Dr. Alstaedt sich nicht nur der fahrlässigen, sondern der vorsätzlichen Körperverletzung schuldig gemacht habe.

Der Vorsitzende richtete an die Angeklagten Professor Denge und Dr. Alstaedt die Frage, ob ihnen bekannt gewesen sei, daß Professor Calmette in den Annalen des Instituts Pasteur vom Jahre 1927 ein Speziallaboratorium für die Herstellung des BCG forderte. Dr. Alstaedt erwiderte darauf, ihm sei diese Forderung bekannt gewesen. In der Literatur, die Professor Calmette ihm seinerzeit zusandte, habe er dies gefunden und diese Literatur dann an Professor Koch und Professor Denge weitergegeben.

Passantin auf Bürgersteig getötet. Durch stürzende Säule erschlagen / Auto als Ursache.

Auf der nördlichen Seite des Schloßplatzes ereignete sich am Donnerstagnachmittag ein folgenschwerer Verkehrsunfall, der ein Menschenleben forderte.

Gegen 16 Uhr kam ein Privatauto infolge des schlüpfrigen Asphaltens ins Schleudern und geriet auf den Bürgersteig. Der Wagen prallte mit großer Wucht gegen die dort stehende Autobushaltestellensäule und riß diese um. Eine etwa 30 Jahre alte, bisher noch unbestante Frau, die an der Haltestelle auf einen Autobus wartete, wurde von dem umstürzenden Eisenmast getroffen und so schwer verletzt, daß sie wenige Minuten später starb. Die Leiche wurde beiseitegenommen und ins Schauhause gebracht.

Die Frau mit der Sammeliste.

Wie Schwindler sich die Erregung über den geringen Mietnachschuß in der Neubausmieterschaft zunutze machen, beweist folgender Vorfall, der sich in Reinickendorf abgespielt hat.

Bei einem Genossen erschien eine Frau mit einer Sammelliste zur Einzeichnung von Beträgen für den Zentralmieteraussschuß zwecks Durchführung von Projekten. Die Liste war weder von einem Beauftragten unterzeichnet, noch mit einer Adresse oder einem Stempel versehen. Es war daher nicht festzustellen, von welcher Seite die gedruckte Liste in Umlauf gesetzt worden war. Als auch nach ausführlicher Befragung der Sammlerin der Auftraggeber nicht zu ermitteln war und darum die Hinzuziehung der Polizei angeordnet wurde, zerriß die Sammlerin die Liste vor den Augen einiger hinzugekommener Mieter und verließ nach Freigabe der Haustür das Haus in eiliger Flucht in Richtung des dunklen Laubengeländes. In der Liste waren bereits etwa fünf Zeichnungen in Beträgen von 30 Pf. bis 1 M. notiert.

Mit einem ähnlich klingenden Namen eines „Zentralmieteraussschusses“ hatten kommunistische Funktionäre vor einiger Zeit eine öffentliche Mieterversammlung einberufen, so daß vermutet werden muß, daß es sich hier um eine verdeckte Sammlung der KPD handelt. Das Benehmen der Sammlerin beweist zur Genüge, daß jede Kontrolle über die Verwendung der gesammelten Beträge fehlt, und es sich hier um ein

Falschmünzer... Unerwünschte Gäste aus Polen.

wollte, wurde er ertappt und in Polizeigewahrsam genommen. Die Falschmünzer mußten also einen neuen Geldmann suchen.

Wieder fanden sie einen aus Polen herübergekommenen Kaufmann, der wie sein Vorgänger alle Veranlassung hatte, jede Bekanntschaft mit der polnischen Polizei zu vermeiden. Er heißt Schwimer und begann in Berlin in seinem Element zu schwimmen. Unangemeldet wohnte er in der Dragonerstraße, und er sorgte dafür, daß man das Gebiet der Postkreditbriefe verlassen und zur Fälschung von hochwertigen Mark- und Notgeldscheinen übergehen konnte. Man beschäftigte sich eine sogenannte Holländemaschine; aber das Wohnen ohne polizeiliche Anmeldung machte Schwierigkeiten, und wieder mußte ein polnischer Landsmann einspringen, der in Leipzig ein Exportgeschäft betreibt. Um das Unternehmen der größeren Sicherheit wegen vor polizeilichen Nachstellungen zu schützen, wurde die notwendige Maschine aus Süddeutschland besorgt. Die Kriminalpolizei aber war klüger als die raffinierten Verbrecher. Bei den ersten falschen Scheinen, die ihr zu Gesicht kamen, erkannte sie, daß der Steindrucker Pflister der Urheber war. Mit ihm stand die Polizei auf vertrautem Fuß, da er nicht weniger als fünfmal in den letzten Jahren wegen Münzverbrechens verurteilt ist. Man kannte sein Verfahren. Freilich bedurfte es noch langwieriger Arbeit, um das Konfession festzunehmen.

Der Staatsanwalt hatte gegen Pflister 10 Jahre Zuchthaus beantragt. Das Gericht erkannte auf 6 Jahre Zuchthaus. Sloczynski und Frau wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Ein Teil der Angeklagten wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Beim Nachfüllen von **MAGGI** Würze verlangen Sie von Ihrem Händler auch

Es gibt für eine Flasche Nr. 0 ½ Gutschein
 Nr. 1 2x ½
 Nr. 2 3x ½
 Nr. 3 6x ½



Auch auf andere MAGGI-Erzeugnisse, wie MAGGI Suppen und MAGGI Fleischbrühwürfel, gibt es Gutscheine

Betrugsmänner handeln. Da Sammelisten für Sammlungen zu wohltätigen Zwecken den Stempel der Polizei tragen und Sammelisten von Parteien den Abender erkennen lassen müssen, ist es zum Schutze der Mieter ratsam, in solchen Fällen das zuständige Polizeirevier zu benachrichtigen.

Der Gasman mit dem Schnupfen.

Eine Leserin des „Vorwärts“ schildert uns in einem Brief folgendes dröseliges Erlebnis mit ihrem „Gasman“.

Da meine Gasleitung nicht ganz dicht zu halten scheint, lasse ich mir den Gasmann kommen; mit Werkzeugkasten, Taschenlampe und Gasuhr wohlausgerüstet erscheint der Junge. „Also es riecht nach Gas?“ schallen mir seine kräftigen Begrüßungsworte entgegen, die ich lebhaft bejahe; darauf faltet der Gute seinen Arbeitssturm über ab, kniet sich an den Gasmesser und beginnt, diesen von oben bis unten, von vorne bis hinten eifrig zu betrieuen. Er erklät sich ein Streichholz, dem ein zweites, drittes, ein viertes und ein fünftes folgen, schließlich ist mein Borrat ausgebraucht, und mit dem letzten, leise verblimmenden Hölzchen sehe wir noch rasch einen Kerzenstumpf in Brand. Einem blutdürstigen, wohldeftierten Jagdhand gleich verfolgt der Gasman immer weiter die gasgeschwängerte Föhre; er schnuppt abwechselnd und steckt dann wieder den Gas Schlauch in den Mund, holt Luft und stößt diese wieder aus. Inzwischen ist mein Kerzenstumpf unter Hinterlassung eisiger weiswächziger Tränen auf ein Minimum zusammengeschrumpft, und rasch hole ich Lichtmaterial. Und auch Kerze Nummer 2 verglöhht und vertropft, der Mann aber schnuppt und schnuppt, diemeil ich seiner armen Lunge, die sich Uebermaß an Gasen einatmen muß, mein heftiges Mitleid auspredige. Mit einem herzhaften Ruck erhebt sich der brave Mann plötzlich, raßt sein Handwerkszeug zusammen, knipst die Taschenlampe aus und meint treuerzujig: „Wissen Sie, riechen Sie doch mal — ich hab nämlich n' Schnupfen!“ — So hat auch der graueste Alltag seine rojigen Fleckchen!

Bürgschaft aus Gefälligkeit.

Ein ehrlicher Mann kommt zu Fall, findet aber milde Richter.

Durch die Verkettung mehrerer bedauerlicher Umstände ist der Justizwachmeister T. nach einer 23jährigen tadellosen Dienstzeit beim Amtsgericht Berlin-Mitte vor den Strafrichter gekommen. Er hatte sich wegen schwerer Urkundenfälschung zu verantworten.

Aus Gefälligkeit hatte T. für einen Kollegen eine Bürgschaft über 200 Mark geleistet. Der Kollege konnte dann aber nicht zahlen, und T. wurde von der Bank als Bürge in Anspruch genommen. Dadurch geriet er in die bitterste Not. Er hatte nur ein Monatsgehalt von 180 Mark und mußte davon seine frange Frau, ein Kind und die Mutter ernähren. Außerdem war er auch mit der Miete noch im Rückstande. Er bemühte sich daher, von dem anderen Justizwachmeister das Geld zurückzubekommen und bestimmte ihn, ein neues Darlehen aufzunehmen. Die Bank wollte sich diesmal aber nicht mit der alleinigen Bürgschaft des T. begnügen und verlangte einen zweiten Bürgen. T. setzte nun ohne dessen Wissen den Namen eines anderen Justizwachmeisters unter die Bürgschaft und fügte auch eine Beglaubigung der Justizbehörde bei. Dadurch wurde die Urkunde zu einer öffentlichen, und demgemäß lautete die Anklage auf schwere Urkundenfälschung. Der Angeklagte war in vollem Umfange geständig und bereute aufs tiefste seinen unbesonnenen Schritt. Das Schöffengericht Berlin-Mitte ließ auch weiteste Mitleid walten und verurteilte den Angeklagten zu der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Geheimbrennerei im Bohnkeller.

Die Polizei ist abermals einer Geheimbrennerei auf die Spur gekommen. Die Spritfabrik, die sich in einem Bohnkeller in der Gollnowstraße befindet, wurde überraschend ausgehoben. Als Besitzer dieser Geheimbrennerei, mit der täglich etwa 250 Liter hergestellt werden konnten, wurde der Händler W. festgenommen. Schon einmal vor Jahresfrist war W. bei der geheimen Spritherstellung gestellt worden. Die Geräte wurden beschlagnahmt.

Goebbels soll zeugen! Im Heildorf-Prozess ist Dr. Goebbels, der als Zeuge vernommen werden soll, statt auf den 21. auf den 23. Januar geladen worden. Er soll am Schluß der Beweisaufnahme als Zeuge vernommen werden.

Für wahren Fortschritt.

Die Vortragsabende der Arbeiterwohlfahrt.

Im Rahmen der Wohlfahrtslotterie, die von der Arbeiterwohlfahrt in den Vorweihnachtswochen veranstaltet wurden, finden in den nächsten Tagen zahlreiche Vorträge statt, die wohl geeignet sind, in die sozialpolitischen und kulturpolitischen Bestrebungen unserer Arbeiterwohlfahrt einzuführen. Wir geben folgende Veranstaltungen bekannt:

7. Kreis Charlottenburg. Freitag, 15. Januar 1932, 19½ Uhr, großer Saal des Krankentassenverbandes, Charlottenburg, Berliner Straße 137. Vortrag: Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt. Referent: Stadtrat Dr. Reinemann, Filmvorführung „Kehre wieder Afrika“, Rezitationen Martha John, Musikbegleitung und Gesang.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Sonnabend, 16. Januar, 19½ Uhr, in der Aula der Heinrich-Schiemann-Schule, Gleimstr. 49. Vortrag: Forderungen der Arbeiterwohlfahrt zur Reform der Fürsorgeerziehung. Referentin: Dr. Erna Magnus. Filmvorführung: „Revolte im Erziehungshaus“ mit Musikbegleitung.

2. Kreis Tiergarten. Sonnabend, 16. Januar, 20 Uhr, im Kleist-Platz, Beethovenstraße. Vortrag — Referent wird noch bekanntgegeben — Filmvorführung „Wohnbuchhalter Kremer“ mit Musikbegleitung. Mitwirkung der aktuellen Kleinfestbühne.

11. Kreis Schöneberg. Sonntag, 17. Januar, vormittags 10½ Uhr, in den Gala-Vollspielen, Schöneberg, Hauptstraße 48. Vortrag des Herrn Stadtrat Karl Schneider. Filmvorführung „Laila, die Tochter des Nordens“ mit Musikbegleitung. Rezitationen Friedel Bollmann.

Treptow. Montag, 18. Januar, 19½ Uhr, bei Gloger, Viktoria-Garten 25, am Treptower Park. Vortrag Frau Clara Bohm-Schuch. M. d. R. Filmvorführung „Der Kampf um die Erde“. Mitwirkung der aktuellen Kleinfestbühne.

19. Kreis Pankow. Mittwoch, 20. Januar, 19 Uhr, im Konzerthaus Lindner, Pankow, Breite Straße 37. Vortrag „Die Forderungen der Arbeiterwohlfahrt zur Reform der Fürsorgeerziehung“. Referentin: Dr. Erna Magnus. Filmvorführungen „Revolte im Erziehungshaus“ und „Der Immenhof“, Künstlerkonzert, Rezitationen.

Es sei besonders darauf hingewiesen, daß alle Teilnehmer das Recht haben, einen sozialpolitischen oder kulturpolitischen Abend der Arbeiterwohlfahrt ohne Zahlung von Eintrittsgeld zu besuchen. Die Namen der Referenten und die Art der vorgeschlagenen Filme wie die anderen künstlerischen Darbietungen bürgen dafür, daß die Veranstaltungen Freude und Belehrung in vortrefflicher Weise vereinen.

Seltene Autodiebstähle.

Der vierte Ueberfall auf Krafttag-Chauffeur.

Zwei seltene „Autobanditen“ beschäftigen seit einiger Zeit die Berliner Kriminalpolizei.

Zwei jüngere Männer, die in den gestrigen Abendstunden an der Kalkreuthstraße eine Krafttag-Lage zu einer Fahrt nach Dahlem mieteten, zwangen den Chauffeur am Ziel mit vorgehaltenen Pistolen, vom Führersitz zu steigen. Die beiden Männer fuhren dann mit dem Wagen in schneller Fahrt davon. Einige Stunden später wurde das Auto mit leerem Benzintank und beschädigt aufgefunden. Das ist in drei Wochen der vierte Autodiebstahl, von dem die Krafttag unter den gleichen Umständen betroffen worden ist. Jedemal entfernten die Diebe den Chauffeur unter Waffenanwendung vom Führersitz und stülpten mit dem Wagen. Soweit man bisher feststellen konnte, scheinen die Burschen die gestohlenen Wagen zu irgendwelchen dunklen Zwecken zu benötigen. Leider waren alle Bemühungen der Kriminalpolizei, die Burschen zu fassen, bisher vergeblich.

Sängerchor Berlin 1900 am Wedding.

Die seit einiger Zeit, auch in den Sängerkreisen des „Deutschen Arbeiter-Sängerbundes“ einsehende Zerlegungsarbeit der R.P.D. hat am Wedding einen für die Sängerbewegung erfreulichen Ausgang genommen. Die Sänger, die angezogen durch das Treiben des kommunistischen Kampfbundes, aus dem „Berliner Uhlmann-Chor“ austraten und ein Teil anderer, die schon länger bestanden, weil ihnen das kommunistische Theater zuwider war, haben sich mit dem weitbekannten, angesehenen und beliebten „Reinhold'schen Männerchor Berlin 1900“ zu einem Chor vereinigt. Unter dem Namen „Sängerchor Berlin 1900“ löst der Verein mit

seinen 150 singenden Mitgliedern jeden Freitag von 19½ bis 22 Uhr unter dem bekannten und beliebten Chorleiter Georg Oskar Schumann in der Schulaustraße 17. Dort finden Aufnahmen neuer Mitglieder statt.

Heute Porto billiger.

Vortäufig gelten die alten Marken.

Von heute ab tritt der verbilligte Posttarif in Kraft: der einfache Brief nach außerhalb kostet statt 15 12 Pfennig, der Doppelbrief statt 30 25, die Postkarte kostet 6 Pfennig statt 8 Pfennig, mit Antwortkarte 12 Pfennig, der Posttarif für den Ortsbriefverkehr blieb unverändert.

Die neuen 6- und 12-Pfennig-Marken werden voraussichtlich erst ab Mitte des nächsten Monats zur Ausgabe gelangen können. Die bisherige 8-Pfennig-Postkarte wird bis dahin für 6 Pfennig verkauft. Das 12-Pfennig-Porto wird durch 8- und 4-Pfennig-Marken zusammengesetzt. Die neuen Briefmarken werden sich im Bild gar nicht, in der Farbe und im Ton der Schattierung ein wenig verändern; die 6-Pfennig-Marke wird den Ebert-Kopf statt, wie bisher, auf leuchtend-grünem, auf einem grau-grünen Grunde tragen, und das Bild des Reichspräsidenten wird uns in Zukunft auf einer orangefarbenen 12-Pfennig-Marke begegnen. Die Farbenbestimmung der Briefmarken ist nicht etwa eine willkürliche, sondern sie entspricht den Vorschriften des Weltpostvertrages, der für den niedrigen Inlandpostverkehr die grüne, für den höheren die rote und für den Auslandsverkehr die blaue Farbe vorseht. Postwertzeichen, die aus dem Verkehr gezogen werden, wie beispielsweise die 45-Pfennig-Marke (Einschreibeposta) werden zur Berechnung mit anderen Dienststellen (Paketverkehr usw.) benutzt.

Für die Paketgebühren beträgt die Ermäßigung durchschnittlich 20 Prozent. Die neuen Inlandsgebühren für Briefe und Postkarten gelten auch im Verkehr mit dem Saargebiet, der Freien Stadt Danzig, Litauen und Memelgebiet, Lügemburg und Oesterreich.

Der Mutter die Kehle durchschnitten.

Hamburg, 14. Januar.

In der Nacht zum Mittwoch hat in Barstel im Kreise Winjen die bei ihrer Mutter wohnende Frau Mathies ihrer Mutter mit einem Messer die Kehle durchschnitten. Frau Mathies lebte von ihrem Manne getrennt und wohnte seit zwei Jahren mit ihren beiden Kindern im Hause der Mutter. Am Sonntagabend hörten Nachbarn eine sehr erregte Auseinandersetzung zwischen den Frauen. Bald darauf wurden sie von der verstorbenen Tochter in die Wohnung der Mutter geholt, wo sie letztere mit durchschnittener Kehle in einer großen Blutlache liegend aufanden. Die Tochter behauptete zunächst, die Mutter habe Selbstmord verüben wollen; als sie ihr das Messer entreißen wollte, sei es durch einen unglücklichen Zufall der Mutter in den Hals gedrungen. Später gelang die Tochter, die Tat im Jähzorn begangen zu haben.

„Nanu, der Eskimo“, im Planetarium. Vom Dienstag, den 19. Januar wird das Planetarium täglich (außer Montag) um 3, 5, 7 und 9 Uhr den berühmten Eskimofanten „Nanu“ zeigen. Im Besiprogramm wird der Sternenhimmel gezeigt.

Freie Sozialistische Hochschule. Der nächste Vortrag findet am kommenden Sonnabend, dem 16. Januar, 19½ Uhr, im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Straße 3, statt. Genosse Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R., spricht über das Thema: „Abstrüstung, Reparationen, Friede“. — Die weiteren Vorträge finden statt: 13. Februar: Prof. Dr. Emil Lederer: „Weltkrise ohne Ende?“, 19. März: Hermann Bendel-Frankfurt/Main, zum 100. Todestag Goethes: „Goethe und die Gegenwart“. Karten zum Preise von 50 Pfennig sind an folgenden Stellen zu haben: im Büro des Bezirksbildungsausschusses, Arbeiterjugend Groß-Berlin, Frauenbüro der SPD, Bezirksauschluß für Arbeiterwohlfahrt, sämtlich Lindenstraße 3, 2. Hof links, 2 Treppen; Buchhandlung J. H. W. Dieß, Lindenstraße 2; Zigarrengeschäft Horst, Engelstraße 24-25, Gewerkschaftshaus; J. d. W., Hebammenstraße 12; Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreißendstraße 5; Deutscher Holzarbeiter-Verband, Rungestraße 30; Verlagsgesellschaft des DDBB, Ubi. Sortiment, Injeltstraße 6a; Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Ballstraße 65; Geschäftsstelle des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Johannisstraße 15. Karten für Erwachsene und Studenten zu ermäßigten Preisen an der Abendkasse.

Lebensmittel gut und preiswert!

Frischfleisch

Rinder-Roulade an Pfd. 0.50
Rinder-Brust m. K. an Pfd. 0.50
Rinder-Sackchen m. K. an Pfd. 0.34
Kalbsvorderfleisch, an Pfd. 0.98
Schweineschinken m. S. an Pfd. 0.68
Schweineieren an Pfd. 0.84
Eisbein m. Spitzb., gep., an Pfd. 0.54

Frische Fische

Schellfisch m. K. an Pfd. 0.24
Kabeljau o. K. an Pfd. 0.22
Seelachs o. K. an Pfd. 0.26
Rotbars an Pfd. 0.26
Grüne Heringe an Pfd. 0.38
Lebende Karpfen an Pfd. 0.78
Lebend. Piötzen an Pfd. 0.35

Delik. • Räucherwar.

Brotheringe an 1-Lit.-Dose 0.50
Hambg. Näscherien Dos. 0.65
Filethappen l. Rem. Dos. 0.90
Imp. Sardellen an Pfd. 0.65
Makr.-Bücklinge an Pfd. 0.25
Sprotten Kistchen, ca. 1 Pfd. 0.30
Bücklinge Kistch., ca. 2 Pfd. 0.50

Butter • Fette • Eier

Margar.v. Kokosfett 3 Pfd. 0.98
Rohschmalz an Pfd. 0.46
Breitschmalz an Pfd. 0.46
Eier an 10 Stk. 0.65
Tafelbutter an Pfd. 1.18
Allerf. Markenbutter Pfd. 1.26
Molkereibutter an Pfd. 1.04

Wurstwaren

Jagdwurst an Pfd. 0.84
Braunschweiger edle, Pfd. 0.88
Feine Leberwurst an Pfd. 0.98
Cervelat u. Salami an Pfd. 1.05
Schweinebacken gew., Pfd. 0.65
Speckmag., Pfd. 0.88 fett, Pfd. 0.70
Plockwurst an Pfd. 0.98

Konfitüren

Burgm. 4Tr. Sort., 200gr. Pkg. 0.50
Burgm. Arlane, Vollm., 300gr. 0.50
Burgm. Pral.-Mischg., 200 gr. 0.50
Vollm. Nuß Bruchschok., Pfd. 1.00
Herrenkringel an Pfd. 1.00
Teegebäck-Mischg. an Pfd. 1.00
Malzbonbons an Pfd. 0.50

Wild • Geflügel

Mostgänse an Pfd. 0.78
Wolghühner an Pfd. 0.70
Suppenhühner an Pfd. 0.68
Brafenten an Pfd. 0.68
Hasen gestr. an Pfd. 0.25
Wildkaninchen an Pfd. 0.75
Kaninchen gestr. an Stück 1.20
Hirschblatt an Pfd. 0.56
Wildrogaut an Pfd. 0.26
Gänse gefroren, russ., Pfd. 0.53

Kolonialwaren

Eierschnittnudeln an Pfd. 0.44
Hartgrissmakkaroni Pfd. 0.46
Weiße Bohnen an 2 Pfd. 0.25
Viktoria-Erbisen an 2 Pfd. 0.35
Haferflocken an Pfd. 0.24
Bruchreis an Pfd. 0.13
Pflirsche an Pfd. 0.62
Birnen an Pfd. 0.60
Kirschen getrocknet an Pfd. 0.50
Kaffee an Pfd. 1.80
Mischobst an Pfd. 0.38

Obst und Gemüse

Ess- u. Kochäpfel an 1 Pfd. 0.12
Jägeräpfel an 2 Pfd. 0.32
Mand. o. Blutorang. 2 Pfd. 0.52
Jaffa-Orangen an 3 Pfd. 0.58
Rot-Weiß-Wirsing Pfd. 0.06
Möhren o. Kohlrüb. 3 Pfd. 0.10
Grünkohl an Pfd. 0.05
Sellerie an 3 Pfd. 0.20
Rosenkohl an Pfd. 0.10
Schwarzwürzeln an 1 Pfd. 0.20
Apfelsin. fein, span., 3 Pfd. 0.48

K ä s e

Comembert vollf., Schachtel 0.20
Harzer ca. 1 Pfund-Packung 0.30
Allg. Limburger an Pfd. 0.44
Romadour, Allg. an Pfd. 0.58
Edamer vollf. 0.88, halbr. Pfd. 0.56
Blockkäse Tilsiter Art an Pfd. 0.56
Tilsiter feine Qual. an Pfd. 0.66
Dän. Schweizer an Pfd. 0.60
Steinbuscher vollf. an Pfd. 0.66
Bayr. Schweizer an Pfd. 1.00
Schweizer Bnn. an Pfd. 0.80

Konserven

Junger Kohlrabi an 1/2 Ds. 0.38
Karotten geschnitten, 1/2 Ds. 0.38
Spinat an 1/2 Ds. 0.42
Jg. Brech- u. Schnittb. 1/2 Ds. 0.42
Jg. Erbs. mittelf. m. Karv. 1/2 Ds. 0.72
Stg.-Spargel 50/60er, 1/2 Ds. 1.50
Kaiserschoten an 1/2 Ds. 1.30
Apfelmarmel. ca. 2-Pf.-Em. 0.75
Gem. Marmel. ca. 2-Pf.-Em. 0.75
Pfm., Joh.-Kf. ca. 2-Pf.-Em. 1.00
Mirabellen an 1/2 Ds. 1.10

Weine • Spirituosen

Frk. Apfelwein 1Ll. 0.45, 5Ll. 2.15
Bowlenwein an 1Ll. 0.75, 5Ll. 3.50
Rheinwein an 1Ll. 0.98, 5Ll. 4.50
Tarrag., Wermut 1Ll. 1.00, 5Ll. 4.75
Muskat an 1Ll. 1.10, 5Ll. 5.25
Malaga an 1Ll. 1.20, 5Ll. 5.75
Dürkheimer an 1Ll. 0.98, 5Ll. 4.50
Johannisbeerw. 1Ll. 0.78, 5Ll. 3.50
30er Nierst. od. Bechth. m. Fl. 0.95
Halb und Halb, Cherry-Brandy, Curaçao m. Fl. 2.95

Telefonische Bestellungen über M. 5, — unter F 6 Baerwald 0012 werden prompt erledigt • Mengenabgabe vorbehalten • Verkauf solange Vorrat

Inventur - Ausverkauf KARSTADT

BEGINN 4. JANUAR

nur noch bis Sonnabend!

U. BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT-BAHNHOF

In den Dachhallenspielen die Kapellen Marek Weber und Gerhard Hoffmann • Im Erfrischungsraum III. Stock spielt die Kapelle Bloch

Deutsche Kurorte und Bäder in Not.

Ihre Wünsche und die Meinung des Volkes.

Der Allgemeine Deutsche Bäderverband e. V. hatte in diesen Tagen seine Mitglieder zu einer Versammlung nach Berlin einboten, die im Saal der Presse stattfand und außerordentlich gut besucht war. Auch der Delegierte der preussischen Staatsbäder, Dr. Kasper vom preussischen Landwirtschaftsministerium, war erschienen und mit ihm die Kurdirektoren der Staatsbäder. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Vortrag des Syndikus Schmidt über Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs in Deutschland, vom Standpunkt der deutschen Bäder aus gesehen.

Nach einer Feststellung Geheimrats Dr. Davidson vom Auswärtigen Amt ist das deutsche Minussaldo der Fremdenverkehrsbeiträge das größte von allen europäischen Ländern. Im Gegensatz dazu hat Frankreich aus seinem Fremdenverkehr einen Reingewinn von 1 1/2 Milliarden, Italien über 300 Millionen, die Schweiz rund 240 Millionen und Österreich rund 130 Millionen Mark gezogen. Diese Länder sind damit imstande gewesen, einen Teil ihres Einfuhrüberschusses zu bezahlen. Nach Angaben des Statistischen Reichsamtes haben die Ausländer in den Jahren 1924 bis 1928 in Deutschland 160 Millionen Mark ausgegeben, die Deutschen im Ausland in derselben Zeit aber 247 Millionen. Im Jahre 1929 hat das deutsche Reisepublikum in Italien etwa 40 bis 40 Millionen Mark, in der Tschechoslowakei 40 Millionen und in der Schweiz 100 Millionen Mark gelassen. Von 147 000 Ausländern haben 81 000 Deutsche die Bäder in der Tschechoslowakei besucht. Demgegenüber kann gar nicht oft genug hingewiesen werden, daß die deutschen Heilbäder einer der wertvollsten Besitztümer im Rahmen des deutschen Volkvermögens sind. Eine Kur in einem deutschen Heilbad kann heute nicht mehr als Luxus bevorzugter Kreise angesehen werden. Da

für die Kassen die Verschickung der Versicherten in Bäder keine Regelleistung, sondern Mehrleistung,

die sie also nur nach bestem wirtschaftlichen Können vorzunehmen brauchen. Die Vierte Reichsordnung vom 8. Dezember 1931 legt leider dieser Mehrleistung ein Ziel; sie erklärt ausdrücklich: „Um die Versicherten und ihre Arbeitgeber vor höheren Beiträgen zu bewahren, werden die Leistungen für die Krankenkassen und Ersatzkassen, wenigstens zeitweilig, auf die Regelleistungen beschränkt.“ Das bedeutet für die Kassen also in diesem Jahre einen Zwang zu einer weiteren wesentlichen Einschränkung in der Gewährung von Kururlauben. Hoffentlich gelingt es den Kassen, diese Bestimmung mildern zu lassen, denn die deutschen Heilquellen sollen allen deutschen Volksgenossen zur Verfügung stehen.

Nun weist der ADVB. sehr energisch darauf hin, daß allein 81 000 Deutsche im vergangenen Jahr die tschechischen Bäder besucht haben, und man kann es wohl verstehen, wenn er wünscht, daß diese 81 000 ihr Geld in Deutschland lassen. Sind denn nun aber die berühmtesten böhmischen Bäder Karlsbad, Marienbad, Franzensbad und Teplitz nicht auch heute noch wie in alten Zeiten in deutschen Händen? Sie liegen doch vollkommen im deutschen Sprachgebiet. Will man die deutschen Besucher in diesen Bädern darunter leiden lassen, daß sie tschechische Staatsangehörige sind. Man kann doch auch unmöglich auf der einen Seite Propaganda für die Erhaltung des Deutschtums im Ausland treiben und auf der anderen Seite verhindern, daß den Auslandsdeutschen die wirtschaftlichen Vorteile des Besuchs von Kranken aus dem Reich zutommen. Man sollte in dieser Hinsicht besonders vorichtig sein! Mit Österreich ist es genau so. Und glauben die vielfach rechtspolitisch eingestellten Kurdirektoren, daß sich ihre rechtspolitisch eingestellten kapitalträchtigen Gesinnungsgenossen abhalten lassen werden, nach Italien zu fahren?

Ein anderes wichtiges Moment, das dem Besuch der deutschen Bäder bedeutenden Abbruch getan hat, kam selbstverständlich auf dieser Versammlung auch nicht andeutungsweise zur Sprache. Heute steht einwandfrei fest und wird von einsichtigen Kurdirektoren und Verkehrsachtleuten auch zugegeben:

Der durch ganz Deutschland ungehemmt rasende nationalsozialistische Terror war es, der nicht nur viele Ausländer aus Deutschland vertreiben, sondern der auch verhindert hat, daß Ausländer nach Deutschland kamen und daß jahrelangsjährige Deutsche in Deutschland ihren Kururlaub nahmen.

„Germany want to see you!“ heißt es auf der deutschen Werbeprospekten in Amerika. „Deutschland bittet um euren Besuch!“ Jawohl! Aber wenn die also höflichst eingeladenen Ausländer durch die deutschen Städte, Bäder und Kurorte gehen und plötzlich erfolgt ein Auszug mit schwarzweißen Holentzugsfahnen und es werden wilde Hekereien gehalten, und es entsteht ein Krawall mit Schikane, dann wird der eine Ausländer, der das über sich ergehen lassen mußte, zwanzig andere vom Besuch in Deutschland abhalten. Der Kur- und Badegast will seine Ruhe und Erholung, und der Ausländer sein Vergnügen. Und so lange Ruhe und Frieden im Innern nicht gewährleistet werden, so lange die Kurverwaltungen und die örtlichen Hotelbesitzer- und Pensionvereine nicht selber — und nicht nur etwa in der Saison — den nationalsozialistischen Spuk bekämpfen, so lange wird es den deutschen Bädern und Kurorten schlechter und immer schlechter gehen. Man sollte sich darüber im ADVB. keiner Täuschung hingeben.

Geschwindigkeit deutscher Schnellzüge.

Die schnellste Strecke: Berlin-Halle.

Die Reisegeschwindigkeit stellt die Durchschnittsgeschwindigkeit dar, in der sich ein Zug zwischen zwei bestimmten Bahnhöfen unter Berücksichtigung sämtlicher Zwischenhaltungen und der Fahrstrecken mit geringerer als der zulässigen Höchstgeschwindigkeit bewegt. Sie ist also die Geschwindigkeit, die praktisch den Reisenden interessiert. Nicht zu vernachlässigen ist sie mit der Höchstgeschwindigkeit, für die es gesetzliche Vorschriften und Sonderbestimmungen der Reichsbahn gibt. Je geringer die Zahl der Aufenthalte ist, um so weniger weicht die Reisegeschwindigkeit von der Höchstgeschwindigkeit ab. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt zur Zeit für Schnellzüge 100 Stundenkilometer, für Fernschnellzüge auf einer Reihe günstiger Strecken 110 Stundenkilometer.

Die höchste durchschnittliche Reisegeschwindigkeit wird zur Zeit auf den Strecken Berlin-Halle und Hamm-Hannover mit 90 Stundenkilometer erreicht. Damit ist hier die Reisegeschwindigkeit der Vorkriegszeit um 3,2 bzw. 8,9 Stundenkilometer übertraffen. An dritter Stelle folgt die Strecke Berlin-Hamburg auf der der schnellste Zug mit 88,8 Stundenkilometer Reisegeschwindigkeit den gleichen Stand der Vorkriegszeit hält. Auf den meisten großen Schnellzugstrecken, auf denen zwar nicht derartige Spitzen-

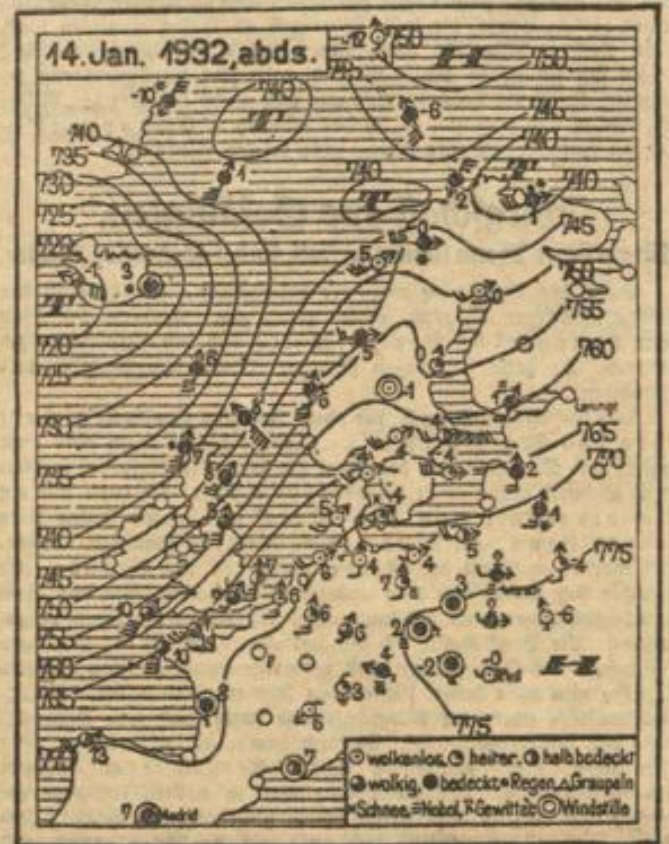
leistungen erzielt werden können, hat sich die Reisegeschwindigkeit gegenüber der Vorkriegszeit zum Teil wesentlich erhöht. So z. B. auf den Strecken Berlin-Breslau von 78 auf 83,7 Stundenkilometer, Berlin-Köln (über Essen) von 71 auf 78,7 Stundenkilometer, Köln-Hamburg von 65 auf 73,8 Stundenkilometer und München-Stuttgart von 65 auf 68,5 Stundenkilometer.

15 Jahre Mitropa.

Am 1. Januar konnte die „Mitropa“, die deutsche Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft, auf einen 15jährigen Betrieb zurückblicken. Mitten im Kriege, im Jahre 1916 gegründet, nahm sie am 1. Januar 1917 ihren Betrieb auf. Die Mitropa, die jetzt einen Wagenpark von 314 Speisewagen und 332 Schlafwagen besitzt, nahm seinerzeit den Betrieb mit etwa 100 Schlaf- und Speisewagen auf. Erst im Laufe der Jahre wurde der Wagenpark auf seinen heutigen Stand gebracht. Seit 1927 wurde ein großes Neubauprogramm durchgeführt; bisher konnten 100 neuerbaute Schlafwagen und 75 neue Speisewagen, von denen jeder etwa 100 000 M. kostete, eingestellt werden. Heute verpflegt die Mitropa täglich etwa 40 000 bis 50 000 Reisende in ihren Speisewagen, und rund 2000 Personen ruhen allnächtlich in den Schlafwagen ihrem Ziele zu.

Als deutscher Spion verurteilt wurde in Kattowitz Stanislaw Sekh zu fünf Jahren Zuchthaus.

Allgemeine Wetterlage.



Die milden ozeanischen Luftmassen, die am Mittwochabend Nordwestdeutschland bereits überfluteten, haben jetzt auch den Nordosten und Südosten des Reiches in ihren Bereich einbezogen. In diesen Teilen stieg das Thermometer am Donnerstag auf 8 bis 10° Wärme. Wie erwartet, stellte sich am Donnerstag wieder kräftiger Barometeranstieg ein. Die Wetterverschlechterung, die bei der Ankunft der Front der ozeanischen Luftmassen eintrat, hielt nur kurze Zeit an. Über England war am Donnerstag wieder neuer Druckfall aufgetreten. Auch er dürfte das Wetter bei uns nicht unbeeinflusst lassen. Im Laufe des Freitags wird sich das Wetter in Nordwestdeutschland verschlechtern, später dürften dann auch die Gebiete rechts der Elbe Eintrübung erhalten.

Wetterausichten für Berlin. Teils heiter, teils mäßig und mild, nachts etwas kühler als bisher, auffrischende südwesterliche Winde. — Für Deutschland. Im Nordwesten vielfach bedeckt und Regenmeinung, auch in Mitteldeutschland im Laufe des Tages Bewölkungszunahme, im Süden und Osten abgesehen von Fröhnnebeln ziemlich heiter; Temperaturen wenig verändert.

Der Grundsatz „Qualität über alles“ hat die Waggl-Besellschaft auch bei Einführung ihrer Wärmepumpe für die stichige Beheizung von Waggl-Öfen ausgedrückt. Die einzelnen Gegenstände sind durchaus praktisch und qualitativ wertvoll. Die Hausfrauen werden ihre Freude daran haben. Da überdies bei der stichigen Beheizung von Waggl-Öfen im Haushalt schnell die nötige Anzahl Querschnitte beisammen ist, lohnt es sich, diese zu sammeln.

Verantwortlich: Dr. Volpert, Viktor Schill; Vertriebsstelle: G. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schlimm; Verlags- und Druckerei: Erik Karst; Anzeigen: Th. Glöck; Vertrieb: in Berlin, Verlag: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Fortwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Morgen 3 Beilagen.

Gefr. **GÄNSE** **55**

Hafer-Mast- **55**

per Pfund von **55** Pf. an

Solange Vorrat reicht

IN FOLGENDEN SPEZIAL-GESCHÄFTEN:

C., Zentralmarkthalle Reihe 12 Stand 623, Reihe 12 Stand 582/83, Reihe 13 Stand 630, Reihe 13 Stand 643, Reihe 13 Stand 653, Rosenthaler Strasse 87;	N., Badstrasse 44, Invalidenstrasse 1a, Reinickendorfer Strasse 1, Reinickendorfer Strasse 12, Reinickendorfer Strasse 19, Wicherstrasse 2, Müllerstrasse 139;	NO., Grosse Frankfurter Strasse 70, Grosse Frankfurter Strasse 142 Ecke Fruchtstrasse, Köpenicker Strasse 62;	S., Kolthusser Damm 16; SW., Blücherstrasse 14; Neukölln: Bergstrasse 161, Hermannstrasse 51, Hermannstrasse 63, Hermannplatz 4;
		SO., Dresdener Strasse 19, O., Pottankoler Strasse 2, Grünberger Strasse 12;	Charlottenburg: Wilmsdorfer Strasse 129; Friedenau: Rheinstrasse 24.

Bierpreise und Biersteuer.

Brauereien wollen in erster Linie das Fell der Steuerzahler und Gastwirte verteilen

Die Brauindustrie bearbeitet seit einigen Tagen die öffentliche Meinung mit verstärktem Druck. Sie sucht die Überzeugung zu verbreiten, als wäre die Biersteuer der einzige Grund für den Abfahrtsrückgang. Daß auch die Notlage der meisten Gastwirte (nicht der Brauereien, die noch Zeit genug haben) von der Armut der Verbraucher kommt, wird verschwiegen.

Die Steuerwünsche der Brauindustrie sind mehr als unbescheiden: Die Reichsbiersteuer soll (in der höchsten Staffel) von 12 auf 8,15 M. je Hektoliter ermäßigt werden, die Gemeindegeldsteuer soll halbiert werden, d. h. in Norddeutschland von 10 auf 5 M., in Süddeutschland von 5 auf 2,50 M. je Hektoliter gesenkt werden. In Norddeutschland soll also der Steuerzahler (der wieder der Hauptverbraucher ist) eine Verbilligung des Bieres von etwa 9 M. je Hektoliter ermöglichen. Wenn das geschehen ist, will die Brauindustrie „nach ihren Kräften“ auch zur Verbilligung beitragen — sie will nämlich den Hektoliterpreis von sich aus um 2,50 M. senken (wie es übrigens schon die Notverordnung verlangt). Außerdem sollen die Gastwirte in eine Minderung ihres Verdienstes einwilligen. So könnte eine Herabsetzung des Hektoliterpreises um etwa 15 M. oder um etwa 15 bis 20 Proz. des Ausschankpreises eintreten. Davon hätte der Steuerzahler nicht weniger als zwei Drittel zu tragen. Im übrigen ist auch die angeblich schon zugestandene Befreiung der Steuerstaffel zugunsten der Großbrauereien schon als Steuersubvention anzusehen. Verteilt wird also in der Hauptsache das Fell der Steuerzahler und der Gastwirte.

Die Brauindustrie tut so, als ob der Staat und die Gemeinden mit der Herabsetzung der Biersteuer — wegen der Abfahrtssteigerung — ein glänzendes Geschäft machen könnten. Dazu eine einfache Rechnung. Die letzte amtliche Schätzung rechnet mit einem Aufkommen an Reichsbiersteuer von etwa 456 Millionen Mark. Das entspricht einem Bierabfah von etwa 38 Millionen Hektoliter. Wie hoch müßte nun der Bierabfah sein, um bei einem Steuerfuß von 8,15 M. (statt 12 M.) eine Steuersumme von 456 Millionen Mark zu bringen? Antwort: 56 Millionen Hektoliter Bier gegen vorher 38 Millionen Hektoliter müßten abgesetzt werden, d. h. fast 50 Proz. mehr. Das aber bei einer Preisermäßigung um höchstens 20 Proz. und bei der jetzigen allgemeinen Armut, die noch den Erlös der ausfallenden Biersteuer für Reich

und Gemeinden zahlen müßte. Wahrscheinlich eine Milchmädchenrechnung.

Der Steuererlaß, den die Brauindustrie von Reich und Gemeinden verlangt, muß auf mehr als 200 Millionen Mark jährlich veranschlagt werden, gerade so viel wie die Lohn- und Gehaltskürzung bei allen deutschen Gemeinden nach der letzten Notverordnung. Von den Gemeinden wird der Verzicht auf ein Mehrfaches der Bürgersteuer verlangt. Wie wir hören, denken die Städte nicht daran, auf die Hälfte ihrer Biersteuer zu verzichten. Die Defizite und die gemaltigen Wohlfahrtslasten verbieten es auch. Daß die Brauindustrie den Eindruck zu erwecken sucht, als seien die Städte und Gemeinden einverstanden, ist reine Irreführung der Öffentlichkeit und ausschließlich Stimmungsmache.

Wir wiederholen: Die Brauindustrie ist in der Lage, von sich aus eine Preisermäßigung — mindestens um 5 M. je Hektoliter — vorzunehmen. Das beweisen ihre Dividenden und Reserven. Von sich aus hat das Braukapital zur Bekämpfung der Krise und zur Steigerung des Absatzes bisher überhaupt noch keine Opfer gebracht. Die Brauindustrie hat kein Recht, zur Absatzsteigerung nötige Opfer einfach auf Gastwirte und Steuerzahler abzuwälzen.

Der Finanzbürokratie und den Syndzi der Brauereien wollen wir übrigens gleichermäßen das Studium einer Auslassung nahelegen, die wir bei Popitz: „Finanzausgleich“ finden. Popitz sagt über den Rückgang der Biersteuereinnahmen:

„Dieser Rückgang erklärt sich aus der konkreten Wirtschaftslage, d. h. aus dem Ansteigen der Zahl der Menschen, die erwerbslos sind, und aus dem Rückgang des Einkommens in allen Volksschichten. Die Ergiebigkeit einer Steuer kann aber nicht auf Grund außergewöhnlicher Wirtschaftsverhältnisse beurteilt werden. Zudem wäre die Frage durchaus zu prüfen, ob dem Rückgang des Konjunktur durch eine andere Preisgestaltung gerade beim Bier einigermaßen entgegenwirkt werden könnte, da ja die Preise für die Rohstoffe, also für Gerste und Hopfen, wesentlich gesunken sind und sich auch die Lohnkosten der Brauereibetriebe vermindert haben.“ Als Popitz das aber schrieb, waren die Erleichterungen der neuesten Notverordnung durch Frachten-, Lohn- und Zinsenkung noch gar nicht wirksam geworden.

Das Eisen- und Stahljahr 1931.

Ungewöhnliche Produktionsverschlechterung im Dezember.

Die deutsche Roheisengewinnung ist je Arbeitstag im Monat Dezember auf 11 268 Tonnen zurückgegangen gegen noch 14 212 Tonnen im November. Im Jahre 1931 wurden 6,06 Millionen Roheisen erloben, was einer arbeitstäglichen Leistung von 16 611 Tonnen entspricht. Gegen das Jahr 1930 ist die arbeitstägliche Leistung um 37,8 gegen das Jahr 1929 um 55 Proz. zurückgegangen.

Die deutsche Rohstahlerzeugung ging von 346 800 Tonnen im November auf 438 402 Tonnen im Dezember zurück, was einem arbeitstäglichen Rückgang von 22 787 auf 17 536 Tonnen entspricht. Im Jahre 1931 wurden 8,29 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt oder arbeitstäglich 27 184 Tonnen, das bedeutet gegenüber 1930 einen Rückgang um 23,6 und gegen 1929 einen Rückgang um 49 Proz.

Vergleichsweise sind Roheisen- und Rohstahlerzeugung in den Vereinigten Staaten noch stärker zurückgegangen. Der starke Abfall der Dezemberziffern gegenüber November erklärt sich in erster Linie bei den Stahlwerken aus der Schließung der Betriebe schon vor Weihnachten, bei den Hochofen aus der nur teilweisen Ausnützung der Leistungsfähigkeit, die sich aus der Schließung der Stahlerzeugungsanlagen ergab.

Gegen Reparationen und Autarkie.

Eine Sitzung des Industrie- und Handelstages.

In einer Hauptausschusssitzung des Industrie- und Handelstages führte Präsident Dr. Grund über Reparationen und Brinatschulden Deutschlands u. a. folgendes aus: „Die politischen Zahlungen sind es, die Deutschland die Erfüllung seiner privatrechtlichen Verpflichtungen unmöglich machen. Ohne endgültige Aufhebung der politischen Verschuldung Deutschlands gibt es keine Wiederherstellung seiner Kreditfähigkeit und keinen Wiederaufstieg seiner Wirtschaft, aber auch keinen Weg aus der vernichtenden Krise, die heute die ganze Welt lähmt und zugrunde richtet.“

Der Preis-Kommissar Goerdeler sagte bei der Darlegung seiner Aufgaben, daß eine weitere Preislenkung sowohl der Wahrung einen Schutz bieten, wie auch die Anpassung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit an die Weltmarktlage erleichtern könne. Gegenüber den Autarkiebestrebungen bemerkte er, daß zwar nicht zu verkennen sei, daß der Binnenmarkt die stärkste Stütze der deutschen Wirtschaft darstelle; es wäre aber verfehlt, die Arbeit aufzugeben, die mehrere Generationen geleistet haben, um den deutschen Erzeugnissen auf dem Weltmarkt die hervorragende Stellung zu erringen, die sie gegenwärtig noch immer innehaben.

Depositenchwund bei USA-Banken.

Auswirkungen der amerikanischen Bankentrie.

Wie wir schon berichteten, haben sich im Laufe des Jahres 1931 die fremden Gelder der größten amerikanischen Bank, der Chase National Bank, um fast 3 Milliarden Mark vermindert. Auch die anderen amerikanischen Großbanken, die jetzt ihre Bilanzen veröffentlichten, zeigen ähnliche Einbußen aus dem Vertrauenschwund der Kundenschaft.

Die Guaranty Trust Co. of New York, die drittgrößte Bank der Vereinigten Staaten, zeigt für Ende 1931 eine Bilanzsumme von 1494 Millionen Dollar gegenüber 2022 Millionen Dollar Ende 1930. Auch hier sind es in erster Linie die Abzüge der Depositionen, die das Vermögen verminderten. Die Depositionen dieser Bank sind im Laufe des Jahres von 1342 auf 1070 Millionen Dollar, d. h. um mehr als 1 Milliarde Mark zurückgegangen. Überraschend gingen auf der Aktivseite die Debitoren von 1119 auf

779 Millionen Dollar und der Kassenbestand und die Bankguthaben von 295 auf 288 Millionen Dollar zurück.

Bei der Bankers Trust Co., die ebenso wie die Guaranty Trust Co. dem Bankhaus J. P. Morgan nahesteht, hat sich die Bilanzsumme von 849 auf 745 Millionen Dollar ermäßigt; die Depositionen sind von 637 auf 558 Millionen Dollar zusammengeschrumpft, die Schuldner von 492 auf 319 Millionen Dollar. Bei dieser Bank haben sich jedoch im Gegensatz zu den anderen Instituten die Bankguthaben und Kassenbestände etwas erhöhen können; sie stiegen von 165 auf 185 Millionen Dollar.

Rechnen wir zu den Einlageverlusten dieser beiden Banken den der Chase National Bank, so ergibt sich, daß allein bei diesen drei Banken im Laufe des Jahres 1931 etwas über 6 Milliarden Mark Bankvermögen zurückgezogen worden ist. Die Ziffern zeigen, daß auch in den Vereinigten Staaten die Vertrauenskrise einen außerordentlich hohen Grad erreicht hat.

Staatsanwalt bei dem Linoleumkonzern

Verdacht der Bilanzverschleierung und des Betruges.

Im November hatte der Justizrat Gottschalk, ein Aktionär der Deutsche Linoleumwerke U.-G., eine Anfechtungsklage gegen die Verwaltung wegen der Beschlüsse, die auf der letzten Generalversammlung gefaßt wurden, angestrengt. Die Klage Gottschalks wurde jedoch von der ersten Kammer für Handelsachen beim Landgericht I in Berlin kostenpflichtig abgewiesen, ohne daß eine Beweisaufnahme erhoben wurde. Justizrat Gottschalk hat jetzt Berufung eingelegt, so daß sich demnächst das Kammergericht mit diesem Prozeß in zweiter Instanz befassen wird.

Die Vorwürfe, die der Kläger gegen die verantwortlichen Direktoren des Linoleumkonzerns erhoben hatte, waren aber so schwerwiegend, daß sich die Staatsanwaltschaft, ohne daß eine Stromanzeige eingegangen ist, veranlaßt gesehen hat, eine Prüfung des Sachverhalts vorzunehmen. Es handelt sich im einzelnen dabei um die Vorwürfe der Untreue, der Bilanzverschleierung bzw. sogar des Betruges, die von Justizrat Gottschalk in der Verhandlung vor dem Landgericht I erhoben wurden.

Im Mittelpunkt dieser Affäre steht der Verkauf eines Aktienpaketes der französischen Linoleumfabrik Sarlino durch ein Mitglied der Direktion der Deutschen Linoleumwerke, das nach einem starken Kursverfall diese privaten erworbenen Aktien an das Unternehmen abließ und dieses zum Schaden der Aktionäre mit den entwerteten Aktien belastet haben soll. Inwiefern die Vorwürfe der Bilanzverschleierung bzw. der Untreue oder sogar des Betruges sich als wahr erweisen, wird hoffentlich in kurzer Zeit die Untersuchung der Staatsanwaltschaft ergeben.

Bollbetrieb bei Junkers.

Die Junkerswerke in Dessau haben jetzt eine Anzahl so beträchtlicher Auftragsaufträge für das Flugzeugwerk erhalten, daß die noch in Betrieb befindliche Stammbaugesellschaft wieder zur vollen 48-Stunden-Woche übergehen kann, und darüber hinaus noch 200 Arbeiter neu eingestellt wurden. Der Auftragsbestand für das laufende Jahr ist jetzt bereits doppelt so groß wie der des vergangenen Jahres.

Verheißener Konkurrenzkampf auf dem holländischen Zementmarkt. Der Frieden auf dem holländischen Zementmarkt, der erst vor zwei Jahren nach langem erbittertem Konkurrenzkampf zwischen den deutschen, belgischen und holländischen Werken hergestellt wurde, ist jetzt aufs neue gestört worden. Nach einer Mitteilung des Deutschen Zementbundes hat die englische Zementindustrie durch rücksichtslose Unterbietungen alle Vereinbarungen dieser drei Länder illusorisch gemacht. Die deutschen Werke haben daher in Uebereinstimmung mit den Holländern und Belgiern beschlossen, ihre bisher gebundenen Preise und Verkaufsbedingungen freizugeben und den Kampf gegen die englische Konkurrenz in verschärfter Form aufzunehmen.

Betrug mit der Preislenkung.

Aufpassen, Herr Preis-Kommissar! Die Zohnyastuben werden kleiner gemacht.

Die Preislenkung bei Markenartikeln hat immer große Schwierigkeiten gemacht. Schließlich ist sie aber erfolgt. Wir hören nun von einem geradezu skandalösen Fall, der an öffentlichen Betrug heranreicht. Bei einer der führenden deutschen Aluminiumtuben-Fabriken hat es sich nämlich ereignet, daß bald nach dem Bekanntwerden der Preislenkungsverordnung kürzere Tuben bestellt worden sind, mit anderen Worten, die Fassungsstärke der Tuben wurde verringert. Es liegt selbstverständlich der Verdacht nahe, daß diese Umbestellung der bisherigen Tubenmache zu keinem anderen Zweck erfolgt ist, als zu dem, die Menge der gelieferten Ware dem gesunkenen Preise anzupassen. Nach unseren Informationen handelt es sich in diesem Fall um die Tuben einer führenden Zohnyastuba-Fabrik.

Wie gefällt Ihnen dieses Vorgehen, Herr Preis-Kommissar?

Der Rückgang der Preise.

Schärfere Bewegung im 2. Halbjahr 1931.

Die Preise in Deutschland haben, wie das Konjunkturinstitut feststellt, auf die Kreditkrise im Sommer 1931 und die Entwertung des englischen Pfundes nicht so reagiert, wie es die Wucht dieser Ereignisse erwarten ließ. Einmal wirkte die Kreditpolitik der Reichsbank einem zu scharfen Preisrückgang entgegen, womit Zusammenbrüche größten Ausmaßes verhindert wurden, und andererseits bildeten die weitverzweigten kartellmäßigen Preisbindungen ein wesentliches Hindernis.

Trotzdem aber hat der Preisrückgang in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres eine schnellere Bewegung angenommen. Im ersten Halbjahr war der Index der Großhandelspreise von Monat zu Monat um 0,1 bis 1 Proz. gesunken, dagegen erreicht der Preisfall in der zweiten Jahreshälfte einen monatlichen Stand von 1,3 bis 2,7 Proz. mit Ausnahme des November.

Einen stärkeren Preisrückgang erlitten seit dem Monat Juni zunächst nur die Preise für Vieh und Milchprodukte. Seit dem September schlossen sich dann unter dem Einfluß des Pfundsturzes eine Anzahl von Welthandelsgütern dem Rückgang an. Im Dezember hat sich dann der Preisdruck auf dem deutschen Inlandmarkt verschärft, und zwar besonders bei industriellen Fertigwaren. Hier wirkt bereits die Notverordnung vom 8. Dezember mit. Anfang Januar lag die gesamte Großhandelsindexziffer um 10 Proz. unter dem Stande von Mitte 1931. Allein seit Anfang Dezember ist sie um 4 Proz. zurückgegangen. Der Großhandelsindex von 101,4 Proz. (1913 = 100) nähert sich damit wieder dem Stand der Vorkriegszeit. Die Lebenshaltungskosten liegen aber mit 130,4 gegen 100 im Jahre 1913 noch ganz erheblich über Friedensstand.

Aus den vom Institut angefügten Verbrauchszahlen geht hervor, daß der Kaffeeverbrauch im dritten Quartal 1931 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres von 137 800 auf 102 700 Doppelzentner gesunken ist, der Teeverbrauch von 5400 auf 3600 Doppelzentner und der Kakaoconsum von 61 000 auf 47 400 Doppelzentner. Auch der Verbrauch von Süßfrüchten sank in der gleichen Zeit von 248 300 auf 211 000 Doppelzentner. Der Bierkonsum ging gleichfalls von 4,8 auf 3,5 Millionen Hektoliter zurück, während der Zigarettenverbrauch im Gegensatz zu dem übrigen Tabakkonsum von 2,7 auf 3,7 Milliarden Stück überraschend stieg. Dies dürfte aber im wesentlichen auf die Aufhebung des Einzelverkaufsverbots zurückzuführen sein, denn allgemein zeigt sich bei den Genussmitteln ein außerordentlich scharfer, durch die Kaufkraftdrofflung bedingter Rückgang des Verbrauches.

Das mitteldeutsche Braunkohlensyndikat

Am Freitag tritt der Reichskohlenrat zusammen, der sich mit der Frage der Auflösung des mitteldeutschen Braunkohlensyndikats zu beschäftigen hat. Inzwischen ist es gelungen, die meisten der Interessenten unter einen Hut zu bringen (85 Proz. der Quoten). Bis auf die Deutsche Erdölgesellschaft und eine andere Gesellschaft sollen sämtliche Gesellschaften den neuen Syndikatsvertrag unterschreiben haben. Dieser sieht eine neue Verteilung der Quoten vor, läßt dabei aber das Jahr 1930/31 unberücksichtigt, weil in diesem Jahre die Unterbietungen im mitteldeutschen Kohlensyndikat besonders groß gewesen sein sollen. Im übrigen ist an einen Beschäftigungsausgleich in der Weise gedacht, daß das Syndikat, das auch die einzelnen Verrechnungspreise festzusetzen hat, über 25 Proz. der Aufträge verfügt und diese verteilt, während die einzelnen Verkaufsgesellschaften $\frac{1}{4}$ der Verkaufsaufträge ohne weiteres ihren Werken zuführen können. Einen Zwang zur Einigung hat auch wohl ein Antrag bedeutet, der vom ostelbischen und rheinischen Braunkohlensyndikat gestellt worden ist. Der Antrag verlangt eine Abgrenzung der Syndikatsbelieferungsbezirke, was nach dem Kohlenwirtschaftsgesetz möglich ist. Damit will man verhindern, daß bei einem Auseinanderfallen des Syndikats der dann beginnende Konkurrenzkampf auf die Gebiete der anderen Syndikate übergreift und diese in Mitleidenschaft zieht.

Der Reichswirtschaftsminister ist zur Anordnung eines Zwangssyndikats nach der letzten Notverordnung nicht mehr verpflichtet.

Kleiner Verlust der Victoria-Fahrradwerke, Nürnberg. Die im früheren Jahren hochrentable Fahrrad- und Motorrad-Fabrik Victoria-Werke U.-G. Nürnberg, die auch noch im Vorjahr eine fünfprozentige Dividende verteilte, weist für das am 30. September abgeschlossene Geschäftsjahr 1930/31 einen kleinen Verlust von knapp 14 400 Mark aus. Im Hinblick auf die geradezu ruinöse Lage der Fahrradindustrie kann dieser Verlust noch als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden. — Die Generalkosten, die schon im Vorjahr beträchtlich von 3 auf 2,5 Millionen Mark gesunken waren, wurden im Berichtsjahr weiter erheblich bis auf 1,65 Millionen herabgedrückt, so daß innerhalb von zwei Jahren eine Kostenlenkung um fast 50 Prozent zu verzeichnen ist. Die Abschreibungen sind mit über 130 000 Mark wieder sehr hoch bemessen, so daß die Gesamtkosten einschließlich Grundstücken und Gebäuden mit nur 1,2 Millionen Mark zu Buche stehen. Auch die finanzielle Lage ist hoffnungsvoll geblieben, denn den von 1,33 auf 1,12 Millionen weiterhin abgebauten Schulden stehen an Forderungen über 1,6 Millionen gegenüber.

Die Belgische Nationalbank hat ihren Diskontfuß von 2½ auf 3½ Proz. erhöht. Der Satz von 2½ Proz. war seit dem 21. Juli 1930 in Kraft. Nach dem Vorgehen Belgiens ist eine Diskont-erhöhung auch in Paris (2½ Proz.) und Zürich (2 Proz.) zu erwarten.

Marcella d'Arle: Die Kinder

Das Kinderfräulein hatte die Abendtoilette der beiden Kleinen überwaht. Damit sich die Jüngste nicht erkälte, hatte es ihr sogar selbst geholfen, ihr Nachthemd überzuziehen. Dann hatte es ihnen zwei Gläser mit Zuckersüßwasser hingestellt, hatte das große Licht ausgelöscht und das kleine, vom roten Lichtschirm verdeckte angezündet und wollte gerade hinausgehen, als die Älteste, die beinahe elf Jahre alt war, fragte:

„Kommt Mama, uns gute Nacht sagen, ehe sie ins Theater geht?“

„Das weiß ich nicht. Sie geht nicht ins Theater, sie geht auf einen Ball.“

„Auf einen Ball! Die Augen der beiden Kleinen leuchteten. „Was für ein Kleid sie wohl anziehen wird? Ich denke, das neue, das goldene...“

„Vielleicht auch das hellblaue“, meinte die Jüngste schüchtern. „Bäckerlich!“ unterbrach die Ältere überlegen. „Das ist jetzt schon unmodern. Jetzt trägt man ganz lange Kleider, bis an die Füße. Nicht wahr, Fräulein?“

„Ja, ganz lange“, bestätigte die Gefragte. „Aber jetzt seht zu, daß ihr einschlaft. Es ist beinahe neun Uhr.“

„Geben Sie mir den Bären, ehe Sie weggehen. Immer vergessen Sie es.“

„Geduldig und süßsam suchte das junge Mädchen das ganze Zimmer ab, bis es in einer Ecke am Boden den Kleinen braunen Teddybären fand, der seit etwa zwei Tagen der Spielgefährte der Jüngsten war.“

„Jetzt können Sie gehen“, erlaubte diese, „und wenn Sie wiederkommen, machen Sie nicht soviel Lärm. Gestern haben Sie uns aufgeweckt.“ Das war natürlich gar nicht wahr, denn die beiden Kleinen Mädchen schliefen die ganze Nacht wie Murmelsteine, aber die Kleine sah ein, daß es immer gut ist, den anderen etwas vorzumerken, damit sie merken, daß sie auch nicht vollkommen sind.

„Ich werde ganz leise sein. Gute Nacht.“ Das junge Mädchen ging auf den Fußspitzen hinaus, als ob die Kinder schon schliefen. Es hatte schnelle und laulose Bewegungen und war so schüchtern, daß es beim kleinsten Bormwurf der gnädigen Frau feuerrot wurde und ihm die Tränen in die Augen traten.

Als die Kinder allein waren, blieben sie eine Zeitlang still. Dann führte die Ältere laut ihre Gedanken weiter:

„Wenn sie das goldene Kleid anzieht, nimmt sie den grauen Pelz.“

„Oder den weißen“, sagte die Kleinere schüchtern, denn sie fürchtete, sich wieder zu blamieren.

„Oder den weißen“, gestand ihr die Ältere wohlwollend zu, „wenn er auch schon alt ist, noch aus der Zeit von Papa. Aber du kannst dich nicht daran erinnern. Du warst noch klein.“

„Sehr gut erinnere ich mich“, sog die Kleinere eifrig, „natürlich.“

„Warum hast du heute dann im Park den Papa nicht erkannt und gemeint, der andere wäre es?“

„Weil...“

„Weil du klein warst, als du ihn das letzte Mal gesehen hast“, unterbrach die Ältere überlegen.

„Und jetzt wird er bei uns wohnen“, meinte die Kleinere nach einer Pause. „Wie wäre es lieber, er täte es nicht.“

„Dir muß man aber auch alles hundertmal sagen. Ich habe dir doch gesagt, er kommt nicht mehr zu uns. Sie sind doch geschieden...“

„Ja, ich weiß, geschieden“, sagte die Kleinere schon halb im Schlaf. „Gute Nacht.“

In dem Augenblick wurde die Tür vorsichtig aufgemacht und eine leuchtende Gestalt, die das schwache Licht des ganzen Raumes um sich zu sammeln schien, trat leise herein.

„Schlaft ihr schon, Kinder?“

Beide schmelten in die Höhe. „Nein, Mama!“ und die Größere rief:

„Ach, du hast das goldene Kleid! Bitte, bitte, mache Licht!“ Die junge Frau streckte ihre schlaffe Hand nach dem elektrischen Schalter und stand einen Augenblick darauf gleich einer goldenen Flamme, von der Brust zu den Füßen umschlossen von dem metallischen Glanz ihres Kleides.

„Wie du glänzt! Dreh dich schnell! Du siehst aus wie ein Stück Sonne. Dreh dich um! Und was hast du in den Haaren?“

„Goldpudder.“ Die junge Frau lächelte, wenn sie aber die Kinder weniger um das Kleid gestimmert hätten, wären sie gewahr geworden, daß auf dem frischen, runden Gesicht, das noch etwas Kindliches hatte, ein ungewohnter Ausdruck der Spannung und Unruhe lag. Die Mutter schloß sich in einen Lehnstuhl zwischen beiden Betten und die Kinder wurden ganz rot vor Freude. Mit der Würdigkeit der Kleinsten war es mit einem Schloß vorbei.

„Bleibt du ein bißchen bei uns?“ fragte sie schüchtern.

„Ja, wenn ihr doch noch nicht müde seid. Und dann will ich euch auch etwas sagen... Vielleicht werde ich bald verreisen. Nur auf kurze Zeit... und wenn ich zurückkomme... Aber, ihr werdet euch erkälten. Steckt die Arme unter die Decke.“ Sie war aufgestanden und ging unruhig auf und ab. So schwer hatte sie es sich nicht gedacht. Soeben war es ihr noch ganz einfach erschienen... und jetzt? Aber sagen mußte sie es. Es fehlten ja nur noch ein paar Tage. Fast dauerte sie es, daß sie den Dienstboten so streng verboten hatte, darüber zu sprechen. Wenn die Kinder schon etwas wußten oder ahnten, wäre es viel leichter... „Wo gehtst du hin? Mit wem?“ fragte die Kleinere nach einiger Zeit. Die Größere dagegen schwieg und sah die Mutter mit ernstem Augen an.

„Mit wem? Ja, das wollte ich eben sagen. Ich werde nicht allein gehen. Ihr kennt ja den Herrn Eduard, der auch immer Kondons mitbringt? Der wird mich begleiten... und, wenn wir zurückkommen... dann... wird er hier mit uns wohnen.“

„Hier, mit uns? Für immer?“ Die Größere schwieg weiter.

„Für lange Zeit, ja, für immer. Und ihr müßt ihn lieb haben.“

„Aber wie denn, Mama, wirklich für immer?“

„Ja, denn ich... nämlich, in ein paar Tagen... dann heiße ich nicht mehr Frau Baldi, sondern Frau Riccardi.“

„Ja“, sagte die junge Frau wie erstarrt. Endlich war es heraus.

„Und Papa?“ fragte die Ältere.

„Papa?“ antwortete die Mutter etwas nervös, „der weiß es natürlich. Und ist sehr einverstanden. Es tut ihm leid, daß ich so allein lebe.“

„Ich habe ihn heute morgen gesehen... und da war er sehr traurig.“

„Gesehen? Wo?“

„Im Stadtpark.“

„Hat er mit dir gesprochen? Was hat er gesagt?“

„Er hat gefragt, wie es dir geht und dann hat er mir einen Kuß gegeben.“

„Mir auch“, unterbrach die Kleinere, „mir sogar zwei.“

„Und dann?“

„Dann ist er weggegangen. Ganz langsam ist er gegangen. Und, denke doch, Mama, er war schlecht angezogen, fast wie ein armer Mann. Zum Glück war niemand da.“

„Und weiter hat er wirklich nichts gesagt?“

„Ja“, antwortete die Ältere, die aufmerksam auf die Worte der Kleineren gehört hatte, „er hat gesagt, daß er verreiste. Und er hat gesagt, daß er dich grüßen läßt. Und er hat gesagt, er wünschte, du wärdest glücklich. Und es ist nicht wahr, daß er aussah wie ein armer Mann.“

„Nunmählich war die Farbe in das Gesicht der jungen Frau zurückgekehrt.“

„Ja, wie ich es euch gesagt habe. Der Papa ist einverstanden. Aber jetzt muß ich gehen. Es ist spät. Ihr sollt schlafen.“

Sie küßte die Kinder auf die Stirn, löschte das Licht und ging heraus. Dann preßte sie die Stirn gegen die geschlossene Tür, überwältigt von Erinnerungen einer ferneren, verschütteten Vergangenheit.

Vor zwölf Jahren hatte sie geheiratet, als sie noch ein halbes Kind war. Er war damals achtunddreißig Jahre alt, klein und etwas gebückt, schüchtern und schweigsam, und hatte noch nie vorher eine Frau geliebt. Er war in einem Ministerium angestellt und sein Monatsgehalt schien ihr märchenhaft bei ihrer Armut. So hatten sie fünf Jahre zusammen gelebt. Die kleine Frau hatte mit den Kindern gespielt und war glücklich gewesen. Dann hatte sich etwas Unerwartetes ereignet. Ein Bruder von ihr, der vor Jahren nach Australien ausgewandert war und seitdem verschollen gewesen war, plötzlich gestorben und hatte ihr ein ungeheures Vermögen hinterlassen. Sie war dadurch wie geblendet und berauscht worden. Hatte Villen, Autos, Pelze, Juwelen gekauft. Und der kleine, alternde Beamte hatte monatelang in diesem Trubel gelebt, bloß und kümmerlich, ohne seine Stellung aufgeben zu wollen. Nur der Ausdruck seiner Augen, wenn er seine Frau ansah, war ein anderer geworden. Und doch liebte er sie wie früher über alles. Nach einem Jahr schlug er ihr vor, sich scheiden zu lassen, und sie hatte nicht nein sagen können, obwohl sie wußte, daß sie ihm unermesslich weh tat. Dann blieb er fünf Jahre fort. Und jetzt war er zurückgekehrt.

Die junge Frau fuhr zusammen. Sie hörte die Kinder sprechen, hinter der geschlossenen Tür.

„Weißt du“, sagte die Kleinere, „ich denke mir, wenn sie mit einem anderen Mann in einer Wohnung wohnt, ist das nicht ehebreehen?“

„Willy Möbus: Goethe und die Technik“

Das Haus am Frauenplan in Weimar birgt einen kostbaren Schatz: die Sammlung naturwissenschaftlicher und technisch-physikalischer Geräte, die Goethe für seine wissenschaftlichen Arbeiten benutzte. Diese Sammlung vermittelt einen Einblick in das universelle Schaffen eines Menschen, den sowohl äußere Umstände als auch innere Veranlagung sich vielseitig entwickeln ließen. Goethe ist nicht nur ein Dichter und Staatsmann gewesen, er hat sich auch nach darüber hinaus als Naturwissenschaftler mit erstaunlichem Erfolg betätigen können. Aber Goethe lebte in der Zeit des empfindlichen, von der Technik unterjochten Kapitalismus. Alles, was bisher feinhalt in vielen Künsten geschlummert hatte, begann nun unter den Strahlen der kapitalistischen Revolution in das Licht zu treten. Und weil alles noch jung und feimhaft war, weil alle Gebiete, gemessen an ihrem heutigen Umfang, noch von bescheidener Ausdehnung waren, gelang es zu jener Zeit einem umfassenden Geist, sich mit ihnen vertraut zu machen.

Goethe hat weit vorausschauend den Einfluß der Technik auf den Gang der politischen Geschichte erkannt. Es sei hier nur an den Anspruch erinnert, den uns Eckermann übermitteln hat: „Mir ist nicht lange, daß Deutschland eins werde; unsere guten Chaussees und die fünfjährige Eisenbahn werden schon das ihrige tun.“ Aber er richtete seinen Blick auch weit hinaus über die Grenzen der deutschen Vaterländer. Er prophezeite den Bau des Suezkanals, den Vessleys 1869 vollendete. Er ahnte den Durchbruch der Enge von Panama, und jetzt, 100 Jahre nach seinem Tode, ist man dabei, die von ihm für notwendig gehaltene Verbindung des Rheins mit der Donau zu verwirklichen, so daß der Großschiffahrt freie Bahn geschaffen wird von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer.

Goethe sah die Morgenröte des technischen Zeitalters, dessen Wesen er im tiefsten Sinne erfaßte. Er erlebte und begriff das Vordringen der Dampfmaschine, er sah die Geburt der Eisenbahn und der Vorläufer des Autos, das Dampfschiff begann seinen Sitzzug, die Gebrüder Montgolfier ließen ihre mit warmer Luft gefüllten Ballons steigen, Murdoch fand die Erzeugung des Leuchtgases aus der Steinkohle, Senefelder schuf die Lithographie, König baute seine Schnellpresse, die mechanischen Textilmaschinen hatten begonnen, die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit auf diesem Gebiete in einer früher ungeahnten Weise zu steigern. Auf allen technischen Gebieten zeigte sich ein ständiger Fortschritt, und Goethe hatte für diese grandiose Entwicklung ein offenes Auge. Die Welt war noch mehr als tausendjährigen Schloße zu neuem, unerhörten Leben erwacht.

Der Geist des Neuen hatte auch Goethe erfaßt. Jahrelang hielt er Vorträge über seine liebsten Arbeitsgebiete, über Magnetismus, Elektrizität und Optik. 1810 erschien seine dreibändige Farbenlehre, auf die er unermüdliche Sorgfalt verwendet hatte, die er höher schätzte als die literarischen Arbeiten, die seinen Ruhm in der Zukunft begründeten. Der physikalische Teil seiner Farbenlehre wurde schon zu seinen Lebzeiten heftig angegriffen. Aber der psychologische und vor allem der geschichtliche Teil haben bis heute ihren Wert behalten. Goethe trat an alle diese Probleme intuitiv heran. Aus einer tiefen inneren geistigen Schau erkannte er das Wesen der Dinge. Der mathematischen Berechnung, die gerade in unseren Tagen so große Erfolge aufzuweisen kann, war er abhold. Er ahnete hierin einen der erfolgreichsten Techniker der Gegenwart, dem Grafen Recco, der sich ebensowenig mit der Mathematik befreundet konnte. Goethe hat mit seinem geistigen Feingefühl das Wesen der Elektrizität wahrhaft genial umschrieben. Er erklärte diese geheimnisvolle Kraft als im höchsten Sinne problematisch. „Wir betrachten sie“, sagte er, „daher vorerst unabhängig von allen übrigen Erscheinungen; sie ist das durchgehende, allgegenwärtige Element, das alles materielle Dasein begleitet und ebenso das atmosphärische; man kann sie unbefangener als Weltseele deuten.“ Gerade mit diesen leichten Sätzen hat er das Richtige getroffen. Der alles beherrschende Einfluß der Elektrizität ist gerade durch die Forschungen der letzten Jahrzehnte besonders eindringlich klar geworden.

Interessant sind die Arbeiten Goethes auf dem Gebiete der Meteorologie. 1825 erschien eine Schrift, die als Ergebnis seiner Studien den Versuch einer Wetterlehre brachte. Aber nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch wußte sich Goethe als leitender Minister mit technischen Fragen befassen. 1781 übergab er dem

„Ich nein, ehebrechen ist, wenn man sich den ganzen Tag zankt und sich die Zeller an den Kopf wirft. Du hast doch gehört, was die Leute in der Küche gesagt haben.“

„Ach, dann bin ich froh. Denn als Vater paßt doch Herr Riccardi besser. Findest du nicht auch?“

Die Ältere gab keine Antwort.

Zwei Tage später legte das Kinderfräulein neben die Betten der Kleinen zwei neue schwarze Kleider. Die Kleinere sah es böse an:

„Was soll ich mit dem Tejen? Ich will mein rosa Kleid.“

„Nein, die Mutter wird dir erklären... Das rosa Kleid hat Flecken.“

„So gib mir ein anderes. Dies mag ich nicht.“

„Aber so sei doch ruhig“, sagte plötzlich die Größere mit scharfer Stimme. „Sei ruhig.“

Die Kleine sah sie verächtlich an und ließ sich artig anziehen. Als beide fertig waren, gingen sie mit dem Kinderfräulein hinunter in das Wohnzimmer.

„Mama ist nicht da. Warum? Gestern war sie auch nicht da. Wenn sie verreist ist, können Sie es mir ruhig sagen. Ich weiß ja alles. Sie hat es uns selbst gesagt. Nein, geben Sie mir Orangemarmelade.“

Sie brach plötzlich ab. Die ältere Schwester, die noch neben ihrem Stuhl stand, hatte auf einmal den Kopf gestirrt und war in verzweifelter Schluchzen ausgebrochen.

„Was hast du? Was ist dir? fragte das Fräulein erschrocken. Aber das Kind schüttelte ihre Hand ab und lief in ihr Zimmer. Auf der Treppe traf sie die Mutter.

„Was hast du? Warum weinst du? Wer hat es dir gesagt?“

„Niemand“, sagte das Kind unter Schluchzen, „niemand... Ich... habe es... selbst gemerkt... Ist er... wirklich... tot... für immer...?“

„Weine nicht so, mein Herz. Du wirst sonst krank. Weine nicht so.“

Da sagte das Kind, dem das heftige Weinen die Stimme abschmied:

„Ich weine nicht... weil er... tot ist... aber... weil ich ihn nie... nie lieb gehabt habe...“, und es lehnte sich an die Wand, vom Schluchzen geschüttelt.

Und die Frau verstand, daß von allem Traurigen dies wirklich das Traurigste war. Sie nahm ihre Tochter in die Arme und weinte mit ihr, aus demselben Schmerz. Weil er tot war und sie ihn niemals lieb gehabt hatte.

Herzog eine Arbeit über die Bergwerke von Ilmenau. Auf seinen Einfluß hin wurde der durch viele Jahre vernachlässigte Silberbergbau in Ilmenau wieder aufgenommen. Aber der Berggeist war dem Vorkarben nicht günstig gesinnt. Es gab viel Mißgeschick, und vor allem Wassereinträge ließen die Arbeiten 1796 zum Erliegen kommen. Goethe kümmerte sich um das Salinenwesen, die Wasserbautechnik, er hatte gute Gedanken über die zweckmäßige Anlage von Chaussees, und die Baukunst sog ihm bei seiner künstlerischen Einstellung besonders nahe.

Bei allen diesen Arbeiten kam ihm seine zeichnerische Begabung zufluten. Im Hause am Frauenplan in Weimar hat der Besucher Gelegenheit, die Geschicklichkeit seiner Hand und die Wendigkeit seines Geistes auch auf diesem Gebiete zu beobachten.

Daß diese vielseitigen technischen Interessen auch in seinen Werken ihren Niederschlag fanden, ist nicht verwunderlich. Es ist unmöglich, hier alle Stellen zu zitieren, die auf die Technik Bezug haben. Es möge nur an den Auszug des „Faust“ erinnert werden, an den Kampf mit dem Meere, den Bau von Deichen, durch den Mensch im Mittelpunkt der Arbeit. Faust bringt das mit wundervollen Worten zum Ausdruck:

Solch ein Gewimmel möcht' ich sehn,
Auf freiem Grunde mit freiem Volke stehn.
Zum Augenblicke dürft' ich sagen:
Verweile doch, du bist so schön!
Es kann die Spur von meinen Erdetagen
Nicht in Aeonen untergehn!

Hier dient die Technik allein dem Menschen, dem Volksganzen. Seit dem Tode Goethes sind 100 Jahre vergangen. In dieser Zeit kam die Technik völlig unter die Botmäßigkeit der geheimnisvollen Macht des Kapitals. Der Gewinn wurde wichtiger als die technische Arbeit. Sie konnte trotz aller Leistungen ihre legendären Kräfte nur zum kleinen Teile entfalten. Und trotz aller Sturmzeichen unserer Zeit, trotz des Wetterleuchtens einer Weltumwälzung werden doch noch viele Jahre vergehen, ehe die Technik wirklich zu einer Dienerin der Menschheit im geistlichen Sinne werden kann.

Zum Geheimnis der Wünschelrute macht Prof. Kumm vom Mineralogisch-Geologischen Institut der Technischen Hochschule Braunschweig in der Frankfurter naturwissenschaftlich-technischen Wochenschrift „Die Umschau“ recht interessante Mitteilungen. Er hat viel mit Rutengängern experimentiert und ist durch seine Forschungen zu der Überzeugung gekommen, daß die Rute auch dann ausschlägt, wenn im Untergrunde nicht die geringsten Unterschiede in der Gesteinsbeschaffenheit und in der Wasserführung usw. vorhanden sind. Befindet sich der Rutengänger über einem ausgehenden Grundwasserhorizont, dann hat jede Bohrung Erfolg, geht man den Ausschlägen über Tongebieten nach, dann sind die Bohrungen ergebnislos.

Bei der Drehung bzw. dem Ausschlagen der Rute handelt es sich nach Kumm um das einfache mechanische Prinzip der Bewegung eines zwangsmäßig gebogenen elastischen Stabes, der beim Ausschlagen der biegenden Kraft in seine Ausgangsstellung zurückgeht. Eine Wünschelrute besteht aus zwei solchen Stäben, die fest und wirksam miteinander verbunden sind. Wird nun die Rute mit Untergriff gehalten, so werden die freien Enden nahezu rechtwinklig umgebogen, so daß sie sich in einem starken Spannungszustand befinden. Befindet sich nun die haltenden Hände und die Spitze der Rute in einer Ebene, so rührt sich die Rute nicht. Sobald aber einer der drei Punkte aus der Ebene herausrückt, dreht sich die Rute mit großer Kraft aus der Zwangsstellung heraus bis in diejenige Lage hinein, in welcher die Biegung ihrer freien Enden durch die Stellung der Hände in eine Streckung übergeht. Und dieser Ausschlag erfolgt überall, ganz gleich, ob Gesteinswechsel und Bodenschätze im Untergrunde vorhanden sind oder nicht.

Das älteste Papiergeld. Nicht der Engländer John Kay, der in Frankreich das Papiergeld einführte, ist der Erfinder dieses Zahlungsmittels, denn in Spanien gab es solches schon im Jahre 1482, und aus Marco Polos Reisebeschreibung erfahren wir, daß Papiergeld schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts im Reiche Dschingis-Khans im Umlauf war. Als die Erfinder sind die Chinesen zu betrachten. Durch Aufzeichnungen in den chinesischen Büchern K'uan-hsi und K'uan-t'ung ist erwiesen, daß zu Ende des 10. Jahrhunderts von Staat ausgegebenes Papiergeld im Umlauf war.

